

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementpreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Hamburg, 19. Dezember 1896.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Hamburg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Der Hamburger Hafenarbeiter-Ausstand ein „frivoler“ Streik oder: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie.“ — Der achtstündige Normalarbeitstag. — Die Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes. — Man überlege! — Der Hafenarbeiter-Preis in Hamburg-Altona. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro November 1896. — Bitterartiges.

Achtung!

Der Zuzug von Arbeitern aller Branchen nach Hamburg ist wegen des Hafenarbeiterstreiks strengstens fernzuhalten.

Freunde und Kollegen! Unterstützt die Streikenden nach Kräften, damit sie den Sieg erringen!

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern nach München (Landes), nach Dinglingen in Baden und Stuttgart (C. Hänfler); von Gelbgießern, Drehern und Glühlern nach Hamburg (Fleischhühne); von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; von Arbeitern der Fahrradbranche nach Brandenburg a. S. (Liese & Dreese) u. Frankfurt a. M. (Kleyer); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- u. Apparatenbranche nach Frankfurt-Bockenheim (Gebr. Pintsch); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenschneidern und Metallarbeitern aller Berufe nach Lübeck; von Schlossern u. Drehern nach Halle a. S. (Maschinenfabrik Krebs); von Feilenhäufern nach Düsseldorf, Dresden (Wippe), Rotterdam i. Holland (Jann u. Sterkhoff); Billingen (Wegel) und Zwickau; von Formern, Schlossern und Drehern nach Wörzheim (Wentler).

Der Hamburger Hafenarbeiter-Ausstand ein „frivoler“ Streik

oder

„Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie.“

Ein Reichstagsbild.

Die Reichstags-Verhandlungen seit Wiedereröffnung der Session haben dem sozialpolitischen Beobachter nur wenig Ausbeute zur Berichterstattung in einem Gewerkschaftsblatt gegeben. Damit soll nicht gesagt sein, daß solcher Stoff nicht in den Beratungen der Justiznovelle enthalten gewesen sei; gewiß, massenhaft sind wirtschaftliche Momente in diesen verzwickten Paragraphen enthalten, aber der eigentliche sozialpolitische Moment geht in dem Wust juristischer Zweideutigkeiten und Haarspalterei so vollständig unter, daß ein Gewerkschaftsorgan Wichtigeres zu thun hat, als die verschwindend wenigen Rechts- und Weisheitskörner daraus hervorzujagen. Nur so mehr Gelegenheit werden

wir zu derartigen Untersuchungen haben, wenn gleich nach Neujahr die Unfallversicherungsnovelle zur Beratung gelangt.

Vom allergrößten Interesse für alle Arbeiter waren aber die Erörterungen über den Streik der Hamburger Hafenarbeiter, die am letzten Tage der ersten Staatsberatung sich entwickelten, bei welcher Gelegenheit die deutsche Arbeiterklasse wieder einmal recht zwingend auf das „geflügelte“ Wort des Herrn Müllers und Staatssekretärs v. Bötticher, daß er vor einigen Jahren auf der Generalversammlung eines Kapitalistens rings oder einer Berufsgenossenschaft — was beiläufig so ziemlich das Gleiche ist — gebraucht hat, gestoßen wurde, das Wort: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!

Von dem parlamentarischen Generalagenten der Zuckerindustriellen — „Geschäftsführer“ dieser Maschinenerguppe nannte ihn der Abg. Schippel — Dr. Paasche war im Laufe der Debatten in recht ungeschickter Weise der Hamburger Streik zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Situation herangezogen und das infame kapitalistische Märchen, daß englische Arbeiter den Ausstand zum Nachteil des deutschen Handels und der deutschen Industrie angezettelt hätten und mit ihrem Gelde unterstützt hätten, als etwas Feststehendes hingestellt worden. Hatte diesen Bourgeoisbedienten schon Schippel gehörig abgemerkt, so geschah es am Schlußtage der Debatten noch besonders treffend durch den alten Liebknecht, der überhaupt in jener Sitzung ein Meisterstück von einer polemischen Staatsrede hielt.

Liebknecht jagte unter Andern:

„Die Sozialdemokratie hat mit diesem Streik so wenig wie überhaupt mit Streiks zu thun. Die Streiks mit wenig Ausnahmen finden statt zur Verteidigung. Die Arbeiter provozieren, seltene Fälle ausgenommen, nicht. Der sogenannte Klassenkampf wird von den Bourgeois organisiert, nicht von den Arbeitern. Von oben ist der ganze Klassenkampf aggressiv, die Arbeiter sollen unterdrückt und angebeutet werden. Die Arbeiter befinden sich in der Defensive und die Sozialdemokratie hat mit den Streiks nichts zu thun, gerade so wenig wie mit dem früheren Bergarbeiterstreik. Die Verhältnisse haben diesen Streik hervorgerufen. Es herrscht jetzt eine gewisse Prosperitätswelle, wie lange weiß ich nicht. Das Ahebereigehäft hat kolossale Profite in der letzten Zeit gemacht und die Arbeiter wollen, daß auch von den Tischen her reichen Aheber einige Profite für sie abfallen. Das ist ihr gutes Recht; es ist auch ihre Pflicht. Sie sind es allen Menschen schuldig, daß sie sich nach Möglichkeit eine menschenwürdige Existenz verschaffen. Ihre Forderungen sind außerordentlich bescheiden. Sie wollen zu einem Lohn von M. 4,20 noch 80 J. hinzuhaben. Oberflächlich betrachtet ist das ein „hoher“ Lohn, aber einen Theil des Jahres haben die Leute keine Beschäftigung, und sie

sind außerdem gezwungen, im Wirthshaus zu essen. Trotzdem haben sich die Arbeiter zu einem gütlichen Abkommen bereit erklärt. Von neutraler Seite wird angeboten, die beiden Parteien möchten sich einem Schiedsgericht unterziehen. Die streikenden Arbeiter in Hamburg berathen unter sich, es werden Genossen von uns dorthin geschickt, um mitzuberathen, und einstimmig wird beschlossen, das Schiedsgericht anzunehmen im Interesse des Friedens, der Wohlfahrt Hamburgs, ans Gemeinwohl. Von entgegengelegter Seite aber wurde das Schiedsgericht zurückgewiesen in einer — ich kann nicht anders sagen — geradezu brutalen Weise, weil man sagte: „Wenn wir jetzt nachgeben, dann fällt sie der Haber, und bei Gelegenheit kommen sie wieder mit derartigen Dingen. Es handelt sich hier um eine Machtfrage; wir wollen die Leute unterdrücken.“ Früher hieß es, die englischen Kapitalisten wollten den Streik, damit der Hamburger Seehandel zu Grunde gehe. Jetzt machen die Hamburger Aheber den englischen Kapitalisten das große Vergnügen, den Streik zu verlängern. Die Kapitalisten wollen ihre Macht zeigen, die Arbeiter sollen unterworfen werden. Die Brutalität des Kapitalisten will den Arbeiter zum Sklaven machen. Im „Standard“, dem Organ der englischen Regierungspartei, stand am Dienstag ein langer Artikel, daß es in England mehr Amusement als Mergel erregt habe, daß man in Deutschland den Engländern die Schuld am Streik gäbe; den englischen Ahebern sei dieser Streik, weil er Hull und andere Häfen bedrohe, mindestens ebenso unbedeutend wie Hamburg.“

Nachdem Liebknecht seine Rede beendet hatte, erhob sich der „Minister für die deutsche Sozialreform“ Herr v. Bötticher, der Mann, der Alles kann, Alles am besten weiß, der in allen Sätteln gerecht ist, der so und der anders kann, je nachdem die Verhältnisse liegen und es von ihm verlangt wird, und erklärte: Der Streik in Hamburg sei durch und durch unberechtigt, von sozialdemokratischen „Hekern“ frivol provoziert. Zur Begründung dieses „sozialreformeriichen“, „arbeiterfreundlichen“ Ausspruches redete der Herr, in konsequenter Anlehnung an sein oben erwähntes geflügeltes Wort, ungefähr folgende Rede:

„Ich kann mir denken, daß Jemand, der um des Lebens Noth schwer zu kämpfen hat, das Bedürfnis empfindet, sich mit seinen Genossen zu assoziieren, um bessere Lebensbedingungen für sich zu erkämpfen; wenn aber, wie hier in Hamburg, die Lebensbedingungen für diese Arbeiter solche sind, daß Hunderttausende und Millionen von deutschen Arbeitern sich darnach sehnen, diese Lebensbedingungen zu erreichen, dann sage ich: Welche Kreise des Volkes werden diese Arbeitseinstellung als eine gerechtfertigte nicht ansehen. Der Vorkredner hat von der

Brutalität der Arbeitgeber gesprochen. Wo ist denn diese Brutalität? Anfangs November setzt sich eine Kommission der Hamburger Schauer hin und begehrt von den Ahebern, mit der Aufforderung in kürzester Frist eine Entschliebung zu fassen, eine Erhöhung ihres Durchschnittslohnes von 4,20 auf 5 M. Ich frage Sie: welcher deutsche Arbeiter verdienten 4,20 M. im Durchschnitt täglich? (Zurufe links.) Glauben Sie (zu den Sozialdemokraten) nur nicht, daß Sie mit der Behauptung, dieser Lohn sei niedrig und müsse erhöht werden, weil er den Lebensunterhalt des Arbeiters nicht deckt, bei den binnenländischen Arbeitern Glück haben. Aber weiter. Die Aheberei lehnt es ab, in der kurzen Frist auf die Forderung einzugehen, aber sie erklärt sich bereit, eine Erhöhung auf 4,50 M. vorzunehmen. Das genügt den Schauern nicht. Es wird eine neue Zeitung der Arbeiter gewählt und der Streik wird in Scene gesetzt. Ich lasse dahingestellt, ob der Ausstand von englischer Seite Nahrung empfangen hat. Das würde das Vorgehen in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen lassen. Ich weise solche Vermuthungen zunächst zurück. Das ist aber unleugbar, daß der englische Führer Tom Mann nach Hamburg gekommen ist und sich der Ausstandsbevegung angenommen hat. (Hört, hört! rechts; Heiterkeit links.) Er ist nach England zurückgegangen. Daß die Streikbevegung einen internationalen Charakter hat annehmen sollen, dafür sprechen eine ganze Menge Anzeichen. Die ausländischen Hafenplätze Rotterdam und Antwerpen sind zur Beteiligung aufgefordert worden, sie sind aber so klug gewesen, die Aufforderung abzulehnen. Als das bekannt wurde, waren die Arbeiter zum Nachgeben geneigt, aber die Meinung kam nicht zum Durchbruch, weil den Arbeitern gesagt wurde, daß zu anderer Zeit der Streik aussichtslos sei. Die Sozialdemokratie soll völlig unschuldig an dieser Bevegung sein. Was haben wohl die Reichstagsabgeordneten v. Elm, Regien und Mollenbohr in Hamburg zu thun, statt hier anwesend zu sein und den Saal füllen zu helfen? Der eine dieser Herren hat sich an Bord der Schiffe begeben, wo er nichts zu suchen und wozu er keine Erlaubniß hatte, um die Arbeiter zu haranguiiren. Was denken sich die, welche die ordentlichen, braven Arbeiter in den Streik hineingeführt haben? Handelt es sich um eine Nothlage und um den Widerstand der Aheber gegen jede Verbesserung? Was soll aus den Arbeitern werden, wenn der Kampf noch Wochen und Monate fortgesetzt wird? Der Hamburger Aheber hält es länger aus, weil er Zuzug von Arbeitskräften erhalten hat, auch aus England. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) So weit reicht die Internationalität nicht. Die englischen Arbeiter heimten gern den Gewinn für sich ein. Der Winter ist vor der Thür, Tausende von Arbeitern und ihre Familie hungern. Die Mittel sind bald erschöpft.

Kann man es noch länger verantworten, die Arbeiter in ihrer Streikbewegung zu unterstützen? Diese Frage müßte jeder Vaterlandsfreund verneinen. In Bremen war der Streik gerechtfertigter, als in Hamburg, denn die Löhne sind niedriger; aber die Fürsorge der Arbeitgeber für ihre Arbeiter macht auch diesen Streik ungerechtfertigt. Gestern ist es gelungen, auf Grund der Propositionen, welche am ersten Tage die Lagerhaus-Gesellschaft gemacht hat, zu einer Einigung zu kommen. Wer ersetzt aber den Arbeitern ihren Einnahme-Ausfall? Hoffentlich findet der Hamburger Streik auch ein schnelles Ende. Ich habe es anzuerkennen, daß die Arbeiter sich vollkommen korrekt benommen und keines Exzesses schuldig gemacht haben. Ich habe die korrekte Behandlung der Angelegenheiten seitens des Senats und der Aheberkreise ebenfalls anzuerkennen. Aber wer es gut meint mit der Ordnung, der kann nur wünschen: Möge dieser Streik bald ein Ende finden!

Dieser Ausdruck der Hoffnung auf baldige Beilegung des riesigen Ausstandes, der die ganze Stadt Hamburg enorm schädigt und besonders das ganze Weisnachtsgeschäft dort vernichtet hat, fand allseitigen Beifall im Hause.

Aber derselbe Minister bringt es fertig, in einer weiteren Rede, die er als Antwort auf eine vorzügliche Auseinandersetzung Auer's, der Punkt für Punkt die Böttcher'schen Behauptungen richtig stellte, zu halten gezwungen wurde, den Ahebern, welche die ganze Frage als eine pure Machtfrage behandeln, die die Arbeiter zu Boden werfen wollen um jeden Preis und die deshalb das von dem Polizeisenator Bachmann (!) vorgeschlagene Schiedsgericht verwerfen, **Recht zu geben!** Dieselben hätten das Schiedsgericht nicht akzeptieren können, weil nur ein Aheber zugelassen werden sollte, während auf der andern Seite drei sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete demselben angehörten. Thatsächlich lag die Sache so, daß das Schiedsgericht gebildet sein sollte aus: Polizeisenator Dr. Bachmann, Bürgerchaftspräsident Hinrichs, Gewerbegerichtspräsident Dr. Noack und einem Aheber einerseits, und den drei Hamburger Abgeordneten und einem Schanermann andererseits, also auf jeder Seite drei Unbeteiligte und ein am Streit Theilhabender. Wollten aber die Herren dieses Schiedsgericht nicht und hatten doch den Willen, dem Kampf ein Ende zu machen, so brauchten sie nur eine andere Zusammensetzung beantragen, im Uebrigen aber ihre Bereitwilligkeit erklären, sich einem Schiedspruch überhaupt unterwerfen zu wollen. Letzteres aber thaten sie nicht, sondern sie lehnten rundweg ab mit der ausdrücklichen Motivierung, daß die Arbeiter sich unterwerfen müßten, sie sollen die Macht des Kapitals fühlen, es handle sich für sie (die Aheber) nur noch um eine Machtfrage! Und trotzdem gab der Minister, der den Wunsch auf schnelligste Beendigung geäußert, ihnen **Recht**. Er kann also mit dem Wunsch auch nur die Vergung, die schnelligste Niederwerfung der Arbeiter gemeint haben. Und er fügte dieser Ausführung noch den höhnischen Satz hinzu: „Ein anderer Grund für die Abweisung des Schiedsgerichts war wohl der Umstand, daß drei Reichstagsabgeordnete daran theilhaftig sein sollten. Die Herren (Aheber nämlich) waren wohl so vaterlandsfreundlich, daß sie die Abgeordneten nicht der Thätigkeit in diesem Hause entziehen wollten.“ Daß diese letztere Wendung allgemein als ein Kalauer aufgefaßt wurde, bedarf wohl nicht erst eines besonderen Nachweises.

Das ist die Art und Weise, wie der Minister, dem die Fragen der Sozialreform im deutschen Reich unterstellt sind, eine solch' hochherzige Sache im

deutschen Parlament behandelt! Wir arbeiten ja nur für Sie. — —

Die „verdiente Anerkennung“ hat dem Sozialreformminister der „König Stumm“ gezollt. Derselbe erklärte, nachdem er ein paar Sätze in üblicher Weise gegen die Sozialdemokratie gepölkert, daß er nur noch wenig zu sagen habe, da er in Allem mit dem Herrn Minister einverstanden sei. Das ist bitter für Herrn v. Bötticher und bezeichnet zugleich besser als alle Regierungs-Erklärungen und -Parabolen, auf welchem Niveau die Sozialreform in Deutschland angelangt ist. Uebrigens bei aller Beschränktheit versteht doch der König von „Saarabien“ auch einen Witz zu machen. Er erklärte nämlich unter großer Heiterkeit fast des ganzen Hauses, es sei falsch, wie das Liebknecht gethan, ihn, den König Stumm, als einen Feind des Koalitionsrechts hinzustellen! Weder theoretisch noch praktisch sei er ein Gegner desselben; er bekämpfe „nur die Auswüchse“ desselben. Der hauptsächlichste „Auswuchs“ des Koalitionsrechts ist natürlich der, daß die Arbeiter davon Gebrauch machen. Thäten sie das nicht, so hätte Majestät Stumm gar nichts gegen dieses „Recht“ einzuwenden.

Nach allen Seiten zutreffend waren die Pillen, welche Auer dem Unternehmerprotektor Bötticher zu schlucken gab. Auer sagte u. A.:

„Als Herr v. Kardorff der Regierung beschleunigte, daß sie zum alten sozialpolitischen Kurs zurückgekehrt sei, glaubte ich nicht, daß Herr v. Bötticher das so schnell bestätigen würde. Ueberraschend kommt uns das nicht, aber wie sich das verhält mit dem kaiserlichen Erlass vom 4. Februar 1890, das zu entscheiden muß ich dem Herrn überlassen. Herr Bötticher hat den Hamburger Ausstand als nach jeder Richtung hin unberechtigt bezeichnet. Derartige Ausführungen sind wir sonst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der übrigen Unternehmerpresse zu finden gewohnt. Kein Streik ist bisher von den Unternehmern als berechtigt anerkannt worden. Nur ein Streik, der der Konfektionsarbeiter, wurde von der Regierung als berechtigt anerkannt, und das mußte wohl wieder gut gemacht werden, nachdem Herr v. Berlepsch gegangen ist. Hunderttausende Arbeiter sollen sich nach den Hamburger Löhnen sehnen! Wer sich selbst in einer Lebenslage befindet, die mit der der Arbeiter nicht zu vergleichen ist, der sollte sich hüten, die Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage als unberechtigt zu erklären, zumal wenn er kein objektives Bild von der Lage der Arbeiter hat. (Sehr richtig! links.) Die Hafenarbeiter werden oft Tage lang nicht beschäftigt, wenn in Folge des Sturmes die Schiffe nicht die Elbe heraufkommen können, oder wenn im Winter diese Arbeiten überhaupt stocken. Von einem regelmäßigen Verdienst von 4,20 M kann keine Rede sein. Die Arbeiter kommen über einen Jahreslohn von 800—900 M überhaupt nicht hinaus. Ist ein solcher Lohn für die Hamburger Verhältnisse wirklich so hoch? In Hamburg selbst, die Unternehmertreife ausgenommen, hält man eine Lohnverbesserung für zweckmäßig, zumal die Arbeiter durch den Zollauschluß in die Vorstädte getrieben sind, wo sie ihre Arbeit bezahlen müssen, während die Arbeiter deshalb außerhalb der Wohnung Mittag essen müssen. Von dem gewerblichen Aufschwung wollen die Hafenarbeiter auch etwas haben; sie befolgen den Rath, den der Kaiser beim Bergarbeiterstreik gegeben hat, daß diejenigen, welche an dem reichen Gewinn der Bergwerke Theil nehmen, etwas mehr Geld für die Arbeiter geben möchten. Wer über diese

Verhältnisse spricht, der hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich ein richtiges Bild zu verschaffen.“

Letzteres habe Herr v. Bötticher nicht gethan, seine Informationen seien falsch. Und nun schilderte der sozialdemokratische Redner ruhig und objektiv die Verhältnisse, wie sie sind, kritisierte den Schwundel, daß englisches Kapital hinter dem Streik stecke und wies darauf hin, daß die Hamburger Steuer — das sind die Zwischenhände zwischen Ahebern und Schauerleuten — pro Tonne 75 S Ent- resp. Befadungslohn von den Ahebern erhalten, während sie als richtige Schiffsunternehmer den Arbeitern nur 50 S bezahlen, also 33 1/3 Prozent für sich behalten und dadurch sich ein Jahreseinkommen von 50 000 bis 60 000 M verschaffen!

Der Minister suchte in seiner Entgegnung aus einem Artikel der nat.-lib. „Nationalzeitung“, der von einem Schanermann eingekauft sein soll, nachzuweisen, daß der Jahresverdienst der Schauerleute nicht auf 8—900 M, wie Auer vorgebracht, sondern auf 1125 M sich belaufe. Er wurde aber durch kräftige Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten sofort darauf verwiesen, daß er ja bei seiner Vorlesung vier kurze, aber sehr wichtige Worte weggelassen habe, nämlich die vier Worte vor der Ziffer: „in besonders günstigen Jahren“. Herr Bötticher legte die Hand hinter's Ohr, als ob er nicht verstehen könne. Es war ihm ersichtlich sehr unangenehm, auf der That ertappt und „zeltifizirt“ worden zu sein.

„Gott behüte mich vor meinen Freunden“ konnte er dann noch sagen, als der Lübecker Senator Klügmann als stellvertretender Bundesrathsbedollmächtigter der Hansestädte, anfang, ihn (den Herrn Minister) und seine Informationen, sowie die Hamburger Aheber zu vertheidigen. Herr Klügmann hätte Klüger gethan, wenn er durchaus etwas halten wollte, den Mund zu halten, denn er verbesserte die Situation der Kapitalproben und ihrer Protektoren gar nicht. Große Heiterkeit rief es hervor, als er, unangekränkt von Steuermiß des thatsächlichen Verlaufs, behauptete, die Sozialdemokraten hätten den Streik in die Etatsberathung gezogen. Nur die „enormen“ Löhne der Schiffsarbeiter zu erweisen, hob er aus einer Statistik hervor, daß es solche gebe, die bis zu 1700, ja 1800 M im Jahre verdienen. Auch er erklärte sich für baldige Beilegung des Streiks und hat, nach beiden Richtungen hin objektiv zu sein und keine Partei „auszuschimpfen“ — notabene nachdem er dies kräftig gegen die Sozialdemokratie und die Streikenden besorgt hatte!

Vor Thorjluß traf noch der Vertreter des 1. Hamburger Wahlkreises, Mollenbahr, direkt vom Kriegsschauplatz kommend, im Hause ein. Er nahm Veranlassung, unter großer Aufmerksamkeit des ganzen Hauses sofort die verschiedenen unrichtigen Behauptungen des Ministers und des Lübecker Senators richtig zu stellen. Letzterer hatte 15 Jahreseinkommen von Schauerleuten herausgegriffen, von den Tausenden viel geringerer aber keine Notiz genommen. Ferner erzählte M. den Verlauf der Schiedsgerichtsabklärung durch die Unternehmer, welche er für Alles, was nun kommen werde, verantwortlich machte. Und sie verstummten.

Hervorgehoben mag werden, daß kein Vertreter der bürgerlichen Linkenparteien das Wort für die Arbeiter ergriß, auch keiner der Zentrumschriften, wenn sie auch nicht wegzien, auf sie loszuschlagen, wie es sonst bei wirtschaftlichen Kämpfen namentlich Eugen Richters Gewohnheit war. Sie standen unter dem Eindruck des großen sozialen Unrechts, das an der „Watterani“ durch das Prokenthum ingeniirt worden, und konnten doch

nicht aus ihrer Haut heraus, um das selbe einzugehen.

Der Tag gehörte der Sozialdemokratie. Und er hat ein helles Licht verbreitet über den Stand der deutschen „Sozialreform“ und deren amtliche Vertreter.

Der achtkündige Normalarbeitstag.

u. Vor Kurzem ist über den achtkündigen Normalarbeitstag ein Spezialwerk*) erschienen, dessen Verfasser ein junger Gelehrter der Bischer-Wagner'schen Schule ist. Wie bei allen ähnlichen Publikationen, so ist auch hier das unverkennbare Leitmotiv die Absicht, die bürgerliche Gesellschaft mit der Arbeiterschulungsreform auszuführen, ihr den gesetzlich beschränkten Arbeitstag nach den verschiedensten Richtungen hin als Vorzug, auch in deren Eigeninteresse zu schildern — ein Bestreben, bei welchem die Waare in der Regel dem Käufer angepaßt wird, wodurch sie an prinzipiellem Inhalt verlieren muß. Trotzdem bleibt das Buch eine fleißige Sammelarbeit über eine der wichtigsten Zeitfragen und wird bei der streng sachlichen Behandlung des Stoffes auch von den mit diesem Problem schon vertrauten Arbeitern nicht ohne Nutzen gelesen werden.

Einleitend gibt der Autor einen Ueberblick über die Achtstundenbewegung in England, Amerika, Australien und Deutschland. Leider ist gerade dieser für uns eigentlich wichtigste Theil des Werkes allzukünftig und lückenhaft ausgefallen, denn abgesehen davon, daß er die für die Achtstundenbewegung wichtigen Staaten wie Oesterreich, die Schweiz, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Rußland zc. gänzlich ignoriert, sind selbst die Schilderungen aus den zuerst genannten Staaten nicht vollständig genug und vor Allem ist die Bezugnahme auf authentisches Material zu vermissen, wie solches in den amtlichen Statistiken und Publikationen und in den Archiven der Gewerksvereine reichhaltig aufgespeichert ist. Denn nur dadurch erhält ein solches Werk einen wissenschaftlichen Werth, daß es aus Quellen erster Güte schöpft, die den Alltagsautoren nicht am Wege liegen. Nun hat es ja zweifellos für junge Gelehrte keine Schwierigkeiten, in Auslandsarchiven herumzustöbern; aber man sollte demnach meinen, daß wenigstens der deutsche Abschnitt in dieser Beziehung seine Vorgänger übertrage. Aber hier, wo der Born so nahe lag, finden wir dieselbe Ignoranz gegenüber den Gewerkschaftspublikationen und der Gewerkschaftspresse. Anstatt sich an diese ersten Quellen zu wenden, benützt der Autor alle möglichen fertigen Werke anderer Gelehrter, wie Hertner, Stieba, Oldenberg, den Bericht des Zentralverbandes deutscher Industrieller und sozialpolitische Journale mit ihren siebenmal gefiechten und nach allen möglichen Tendenz gefärbten Angaben. Und dabei weist gerade dieser Bericht die größten Lücken auf. Der große internationale Pariser Arbeiterkongreß mit seinen Wirkungen auf die deutsche Bewegung ist gänzlich übersehen, und auch der Thatsache, daß auch für Bleifarben- und Bleizuckerfabriken der Maximalarbeitstag schon länger durchgeführt war, geschieht keine Erwähnung. Wir würden weniger Gewicht auf diese Mängel legen, wenn ein umfassendes Sammelwerk über den Achtkundentag nicht gerade ein lebhaft empfundenes Bedürfnis geworden wäre und daher jedes Werk, das diese Lücke auszufüllen verspricht, mit besonderem Eifer gelesen würde. Im Weiteren untersucht Dr. Most den Begriff des Normalarbeitstages, wobei er zwischen dem schulpolitischen und

*) Der achtkündige Normalarbeitstag, von Dr. Bernh. Most. Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig 1896. 208 Seiten. Preis M. 4,40.

dem mehr Lohnpolitischen Normalarbeitstag unterscheidet. Diese Trennung mag gewissen auseinandergehenden bürgerlichen Anschauungen über die Berechtigung dieser Forderung entsprechen, — in Arbeiterkreisen wird eine solche kein Verständnis finden, denn für uns beruht jeder Normalarbeitstag auf schutzpolitischen Gründen und seine lohnpolitische Natur bleibt abhängig von seiner Wirkung auf Angebot und Nachfrage der Arbeitskräfte. Die Arbeiter sind bestrebt, aus jeder Arbeitszeitverkürzung auch lohnpolitische Vortheile zu erringen, während die Unternehmer diesem Bestreben entgegenwirken, entweder durch Verschiebung des Arbeitsmarktes zu ihren Gunsten oder durch erhöhte Arbeitsanspannung. Für eine begriffliche Scheidung liegt also nicht der geringste Grund vor. Dagegen wirkt Dr. Most ohne Weiteres die Begriffe Normal- und Maximalarbeitstag zusammen, ja, er behauptet, daß gerade die letztere Bezeichnung das Wesen des Normalarbeitstages bestimme. Diese in kathebersozialistischen Kreisen üblich gewordene Identifizierung darf nicht un widersprochen bleiben, da sie eine Verwässerung und Fälschung unserer Forderung enthält, die den Normalarbeitstag zwar für bürgerliche Experimente geeignet macht, die ihn aber auch zugleich seiner besten Wirkung entkleidet. Mit vollem Recht fordern wir den Normalarbeitstag, der im Beginn und Ende genau reglementirt und durch das Verbot jeglicher Nacharbeit noch besonders begrenzt ist, weil wir der intensiven Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Ueberproduktion entgegenarbeiten und namentlich den Triumph der kapitalistischen Rücksichtslosigkeit, den ununterbrochenen Betrieb, beschränkt wissen wollen. Wo der Intensitätssteigerung der Ausbeutung nicht entgegengewirkt wird, da wirkt die Reform nur auf Kosten der Arbeiter. Diese Gefahr ist namentlich beim Maximalarbeitstag vorhanden, der wohl die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters, nicht aber die des Betriebes beschränkt und in dieser Lückenhaftigkeit gerade eine Prämie auf die Steigerung der Ausbeutung und auf den ununterbrochenen Betrieb setzt. Deshalb hat der Maximalarbeitstag auch gerade bei zahlreichen Unternehmern ein geneigtes Entgegenkommen gefunden; was aber für den Unternehmer von Vortheil ist, das ist für die Arbeiter ein Verzicht.

Der honette, gutbürgerliche Kathedersozialismus betrachtet es freilich als seine höchste Aufgabe, den Kapitalismus mit der Sozialreform auszuöhnen, ihm dieselbe schmachhaft zu machen; deshalb muß er jede Spitze abbrechen, welche die herrschende Wirtschaftsordnung verletzen oder benachteiligen könnte, deshalb auch der gutkapitalistische Maximalarbeitstag auf Kosten der Arbeiterklasse, statt des Normalarbeitstages, bei welchem das Unternehmertum vorzugsweise die Kosten trägt. Für die Arbeiter liegen natürlich derartige Rücksichten nicht vor und sie halten nach wie vor an der Forderung des zehnstündigen Normalarbeitstages fest, unbekümmert um alle bürgerlichen Unterschiebungsversuche. Das schließt freilich nicht aus, daß wir trotzdem für den Maximalarbeitstag eintreten und denselben mit allen Kräften verteidigen, wenn derselbe eine Besserung gegenüber den bisherigen Verhältnissen bedeutet und der Normalarbeitstag momentan nicht zu erreichen ist. So schüßen wir selbst den zehnstündigen Maximalarbeitstag der Wackergejellen gegen alle reaktionären Umspurzgelüste, obgleich derselbe kann noch den Namen einer Reform verdient; wir schüßen dabei das Prinzip der Arbeitszeitbeschränkung gegenüber der thatsächlich unbeschränkten Ausbeutung der Arbeitskräfte, ohne uns auch nur im Entferntesten an den Maximalarbeitstag oder dessen Dauer zu binden.

In Bezug auf die Frage, ob der männliche erwachsene Arbeiter des gesetzlichen Schutzes bedarf, kommt Dr. Most gegenüber der manchesterlich-liberalen Doktrin, welche in der Vertragsfreiheit des Arbeiters bereits einen genügenden Schutz für denselben erblickt, zu dem Resultat, daß ein solcher Schutz unbedingt notwendig sei. Die Freiheit des Arbeiters sei wohl eine rechtliche, aber keine thatsächliche; nur zu oft werde der Arbeitsvertrag ein Herrschaftsvertrag. Noth und persönliche Abhängigkeit einer- und falscher Egoismus des Arbeiters andererseits drückten die Arbeitsbedingungen herab, und da der Arbeiter im Allgemeinen einer Verlängerung des Arbeitstages weniger Widerstand entgegensetzt als einer Lohnreduktion, so werde allmählich, falls nicht Gegenmaßregeln getroffen würden, die tägliche Arbeitszeit eine übernatürliche Länge erreichen, wie in Rußland und Indien mit 14 bis 16 Stunden täglich. Weiter könnten aus der Hilflosigkeit des Arbeiters, sich nicht selbst genügend gegen übermäßige Ausbeutung schützen zu können, auch Gefahren für Staat und Gesellschaft erwachsen, die den Arbeiterschutz aus sanitären, kulturellen und lohnpolitischen Gründen zu einer unbedingten Nothwendigkeit machten. Er begründet diese Schutzbedürftigkeit im Einzelnen an den jugendlichen und weiblichen, sowie auch an den männlichen erwachsenen Arbeitern und bezeichnet es als eine Forderung des Rechts von Seiten der Arbeiter, daß der Arbeitstag fixirt und eine feste Größe werde, über die hinaus der Arbeiter seine Arbeitskraft nicht verkaufen dürfe.

Nach dieser rühmlichen Erkenntniß aber melbet sich das bürgerliche Gewissen des Verfassers und läßt ihn die Frage aufwerfen, ob gerade ein so weitgehender (!) Schutz für die Arbeiterklasse notwendig, bezw. wünschenswerth sei, wie er im achtstündigen Normalarbeitstag gefordert werde. Dies werde von den wirtschaftlichen Folgen des Achtstundentages abhängen. Lege er dem Unternehmertum zu große Lasten auf, und schädige er zugleich die Volkswirtschaft eines Landes, so werde er dem Arbeiter nichts weniger als Nutzen gewähren, vielmehr seine Lage noch mehr herunterdrücken. Seien aber die Folgen günstige, d. h., würden die Unternehmer nur gering belastet, ohne die Volkswirtschaft zu schädigen, so würde eine solche Reduktion der Arbeitszeit aus sanitären und kulturellen Gründen berechtigt und wünschenswerth sein.

Es ist gewiß bezeichnend, daß für die Größe der Arbeitszeitverkürzung nicht mehr die Schutzbedürftigkeit des Arbeiters, sondern die Rücksicht auf das Unternehmertum maßgebend sein soll, und daß Dr. Most die sanitären und kulturellen Rücksichten des Arbeiterschutzes hinter die größere Befastung der Unternehmer zurückstellt. Unter der „Volkswirtschaft“ eines Landes ist natürlich Handel und Industrie zu verstehen, deren Bilanz bei den bürgerlichen Reformern alle Rücksicht auf das Wohl oder die Schädigung des arbeitenden Volkes überwiegt. Das ist der Kathedersozialismus wie er leibt und lebt, der vor lauter kapitalistischer Rücksichtnahme zu keiner entschiedenen Reform gelangt, der ewig zwischen dem einer- und andererseits hinüber- und herüberschwankt und der als Voraussetzung aller sozialen Maßnahmen fordert, daß möglichst nichts an den bestehenden Zuständen geändert werde. Und solche Reformen glauben, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben?

Nach der genialen Entdeckung dieser notwendigen Vorbedingung der Achtstundentagereform macht sich der Autor wohlgenüht an die Untersuchung der Folgen der bisherigen Arbeitsproduktions in den einzelnen Staaten

und Industriezweigen. Er verweist auf die Wirkungen der gesetzlichen Beschränkungen in England, in der Schweiz, in Oesterreich und in Deutschland nach den Fabrikinspektionsberichten, deren reichhaltiges Material er übrigens noch weit gründlicher und wirksamer auszunutzen könnte. So sind z. B. die Resultate der 1894er deutschen Arbeiterinnenumfrage gänzlich unberücksichtigt geblieben, obwohl gerade diese am gründlichsten die Bedenken gegen die gesetzliche Arbeitszeitverkürzung zerstreut. Doch mag diese Unterlassung daran liegen, daß der Verfasser die Arbeit bereits 1895 vor Erscheinen der Berichte abgeschlossen hatte.

Auch die einzelnen Versuche mit der Einführung des Achtstundentages sind nicht alle erwähnt; besonders Frankreich scheint für den Autor gar nicht in der Reihe der modernen Industriestaaten zu existieren, denn von dortigen Vorgängen in der Arbeitszeitverkürzung ist kein einziger erwähnt. Trotzdem kommt Dr. Most zu dem Resultat, daß nach den bisherigen Erfahrungen eine Reduktion der Arbeitszeit auf 8 Stunden nicht unbedingt eine entsprechende Minderproduktion, Lohnherabsetzung und Kürzung des Geschäftsgewinnes zur Folge haben müsse, sondern daß sogar eine Steigerung in dieser Hinsicht erfolgen könne. Es wäre aber völlig verkehrt, aus diesen Erscheinungen zu generalisiren und zu glauben, daß der Ausgang der Einzelfälle für alle Gewerbe, Industriezweige und Staaten maßgebend wäre. Bis jetzt seien es nur die unter günstigen Bedingungen arbeitenden Etablissements und Gewerbe, in denen sich der Achtstundentag bewährt habe, wozu noch der Umstand käme, daß es die Arbeiter dabei als Ehrensache betrachteten, den Versuchen zu Erfolgen zu verhelfen, ein Moment, dessen Fortdauer nach allgemeiner Durchführung des Achtstundentages mindestens zweifelhaft sei.

Wir gestehen allerdings gerne zu, daß die Arbeiterklasse durchaus wenig Neigung hat, überall die Kosten der Reform auf die eigenen Schultern zu nehmen, d. h. durch intensiveres Arbeiten aufzubringen, wie dies in Einzelfällen unter der Herrschaft des Stücklohnsystems geschehen ist. Andererseits gibt Dr. Most zu, daß gewisse spezifische Wirkungen des Achtstundentages überhaupt so lange nicht zu Tage treten könnten, als nur in einzelnen Etablissements, Gewerben und Industriezweigen experimentirend vorgegangen werde. Das ist u. E. das entscheidende Moment in der Beurtheilung der bisherigen Achtstundentagsversuche, welches uns veranlaßt, derartigen Experimenten weit kühlere und kritischer gegenüberzustehen als gewisse philanthropische Kreise, die bei jedem solchen Versuche ein Jubelgeschrei anstimmen, als sei das reinste Arbeiterparadies angebrochen, die aber vor jeder allgemeinen gesetzlichen Reform nicht genug Bedenken, Warnungen und Abschwägungen finden können.

So interessant solche Experimente sein mögen, so sind sie doch im Vorhinein von kapitalistischen Rücksichten dikirt und vereinigen alle Vorzüge auf Seiten des Unternehmers, sodas für die Arbeiter lediglich der Vortheil der größeren Ruhezeit verbleibt, der zwar immerhin erstrebenswerth und akzeptabel erscheint, der aber nicht jenen Wirkungen entspricht, die wir von dem achtstündigen Normalarbeitstag durch Gesetz erwarten.

(Schluß folgt.)

Zur Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes.

Die zur Eröffnung des preussischen Landtages verlesene Thronrede kündigt „eine Vorlage wegen Abänderung der in Preußen geltenden Vorschriften über das Vereinswesen“ an, wenn die noch stattfindenden Erörterungen zur Beschluß-

fassung gereift sein werden. Wie diese Abänderung beschaffen sein wird, darüber haben wir uns seit der Erklärung des Reichskanzlers von Hohenlohe im Reichstage, wonach das Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine aus den Vereinsgesetzen der einzelnen Bundesstaaten ausgemerzt werden soll, keiner Täuschung hinzugeben.

Es ist selbstverständlich, daß nicht nur Erfahrungen, die in Preußen gemacht wurden, sondern auch die in anderen Ländern gemachten, in den Kreis der Erörterungen des preussischen Staatsministeriums über die künftige Gestaltung des Vereinsrechtes gezogen werden. Besonders die behördlichen Maßnahmen in Sachsen sollen schon bisher bei diesen Erörterungen Veranlassung zu dem Wunsche gegeben haben, von einer bloßen Aufhebung der in § 8 enthaltenen Bestimmung, nach der politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten dürfen, abzugehen, dagegen den Wünschen entgegenzukommen, die auf Beschränkung der Bewegungsfreiheit sozialdemokratischer Organisationen abzielen.

Mehr Schwierigkeiten machte aber bei den Berathungen die Frage, wie man sich den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter gegenüber stellen soll. Diesen durch die Abänderung des Gesetzes eine Garantie zu geben, auf Grund deren sie, ohne polizeiliche Eingriffe befürchten zu müssen, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter ungehinderter als bisher wahrnehmen können, das will man nicht, weil man den Unmuth des Unternehmertums fürchtet. Weiter kommt in Betracht, daß die Arbeiter in den Gewerkschaften zu einer Selbstständigkeit erzogen werden, die sie den politischen Einflüssen der bürgerlichen Parteien mehr und mehr entzieht. Darum ist man bemüht, Formen zu finden, die, trotzdem das Verbot des Inverbindungtretens fallen soll, Beschränkungen auch für die Gewerkschaften enthalten sollen.

Die Gewerkschaften dürfen sich demnach nicht der optimistischen Auffassung hingeben, die Aenderung des Vereinsgesetzes werde den gewerkschaftlichen Organisationen Erleichterungen ihrer Aufgaben resp. größeren Spielraum für ihre Thätigkeit gewähren. Noch sind zwar die Erörterungen hierüber nicht abgeschlossen, aber es machten sich starke Einflüsse geltend, der gewerkschaftlichen Agitation Schwierigkeiten zu bereiten. Ja, es besteht, wenn wir recht unterrichtet sind, die Absicht, die Gewerkschaften im Allgemeinen auf der Grundlage der gegen die Sozialdemokratie beabsichtigten Bestimmungen zu behandeln, dagegen für Organisationen, in denen keine sozialistischen Anklänge zu finden sind, gewisse Konzeptionsbestimmungen einzuführen.

Das fordert zu entschiedener Gegenwehr heraus. Es wird daher gut sein, sich der versprochenen Abänderungen des Vereinsgesetzes gegenüber nicht etwa passiv zu verhalten, sondern während die Erörterungen im preussischen Ministerium weiter gepflogen werden, in der Öffentlichkeit zu den geplanten Maßnahmen Stellung zu nehmen, die gleiche Behandlung aller gewerkschaftlichen Organisationen zu fordern und den einseitigen Schutz des Unternehmertums zu bekämpfen. Denn es würde allerdings eine Parteinahme zu Gunsten des Unternehmertums bedeuten, wenn bestimmte Arbeiterorganisationen auf Grund neuer Gesetzesbestimmungen deshalb ungleich schärfer behandelt würden, weil sie die Arbeiterinteressen mit eingehenderen, sagen wir schärferen Mitteln erstreben, als andere Organisationen, wie die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, oder die evangelischen und katholischen Arbeitervereine.

Vor nächstem Frühjahr wird ja der Schleier kaum gelüftet und Positives über die Beschlüsse des preussischen Ministeriums nicht bekannt gegeben werden; was jedoch

von den gepflogenen Erörterungen ver-
lankt, gibt der gesammten Arbeitererschaft
dringenden Anlaß, mehr als bisher für
die Koalitionsfreiheit einzutreten und
gegen weitere Beschränkungen ihrer Ver-
einshätigkeit zum Zwecke der Erreichung
günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen
zu protestieren.

Dieser Befinden sich sicher im Ver-
thum, die von der geplanten Menderung
der Vereinsgesetze größere Freiheit der
Bewegung für die gewerkschaftlichen Or-
ganisationen der Arbeiter erhoffen. Das
steht nach dem Sturze des Ministers v.
Berlepsch und der Inaugurierung des aller-
neuesten Kurses viel weniger zu erwarten,
denn je.

Zugleich hat schon die Handhabung
des preussischen Vereinsgesetzes eine Er-
weiterung erfahren, die ganz nach sächsi-
schen Muster geartet ist. Es werden
nämlich die Gewerkschaften als politische
Vereine erklärt. Das Oberverwaltungs-
gericht hat Angst entschieden, die Zahl-
stelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes
in Hannover sei ein politischer Verein,
das sei durch die in Versammlungen ge-
haltenen Vorträge erwiesen. Unter An-
derem wird angeführt, daß in einem Vor-
trage im Februar 1895 eine scharfe
Kritik an den Fabrikinspektoren
geübt und ihre Vermehrung ver-
langt worden sei. In einer anderen
Versammlung seien Vorschläge zur Er-
weiterung der Leistungen der Altersver-
sicherung gemacht worden, indem man die
Herabsetzung des Berechtigungsalters auf
50 Jahre verlangte. Dann sei auch ein-
mal das Verbot der Kinderarbeit ange-
regt worden, und in einer anderen Ver-
sammlung habe ein Redner die Pflicht
der Behörden, für bessere Wohnungen zu
sorgen, betont.

Nach solchem Vorgehen wird sich das
Ministerium kaum scheuen, die Gewerkschaften
als sozialdemokratische Vereine
zu bezeichnen, denen man durch Gesetzes-
bestimmungen keine Garantie für ihren
Bestand geben dürfe. Man glaubt sich
nach den jüngsten Entschreibungen in die
Zeit des Sozialistengesetzes zurückversetzt,
wo Staatsanwälte und Richter aus den
geringfügigsten Anlässen die Politischer-
klärung der Gewerkschaften beziehungs-
weise deren Auflösung rechtfertigen zu
können glaubten. Wurde doch in Bameln
die Zahlstelle des Metallarbeiterver-
bandes angefochten, weil sie günstige Lohn-
und Arbeitsbedingungen durch Streiks
anstreben zu können meinte; die Fach-
vereine der Tischler in Kiel und Saarbrücken
sollten nach Ansicht der Behörde um des-
willen politische Vereine sein, weil sie die
„Neue Tischler-Zeitung“ von Vereins-
wegen hielten, in der sozialpolitische Ar-
tikel enthalten waren. Wer bürgt uns
dafür, daß nach den neuerlichen Mani-
pulationen des Oberpräsidenten von Han-
nover nicht ähnliche Argumente in's Feld
geführt werden, um dann, wenn die Zahl-
stellen der verschiedenen Gewerkschaftsver-
bände für politisch erklärt sind, durch
das gemeinsame Halten einer Gewerkschafts-
zeitung ein Vergehen gegen § 16
des preussischen Vereinsgesetzes zu kon-
statieren und die gesammten Zahlstellen
anzulösen? So viel ist sicher, daß die
Macher im preussischen Landtage den Ge-
werkschaftsorganisationen nicht hold sind,
und ihnen gewiß von Herzen gern einen
Strich drehen möchten. Doch was auch
kommen und zusammengebrannt werden
mag, man wird die Arbeiter gerettet
finden; gegen eine Beschränkung und Ver-
schlechterung des ohnehin papierernen Ko-
alitionsrechts werden sie sich zu wehren
wissen, und sollte die preussische Regierung
wirklich dem reaktionären Anstrome der
Stumm und Konjorien Folge geben, dann
wird die Gewerkschaftsbewegung darum
nicht zu Grunde gehen, sie wird dann
eben andere Wege einschlagen müssen, um
die Lebensinteressen der Arbeiterschaft zu
wahren, und wir sind dessen sicher, daß

es geschehen wird, ob mit ob ohne
Koalitionsrecht. Die Folgen, die die
Nichtlosmachung der heute gewerkschaftlich
organisierten Arbeiter nach sich zieht,
haben nicht sie, sondern diejenigen auf
sich zu nehmen, die die Arbeiter an der
Wahrung ihrer Interessen gehindert haben
durch Beschränkung des Vereins- und
Koalitionsrechts. („Holzarb.-Ztg.“)

Man überlege!

Mit diesen Worten schließt ein Artikel
in der Nr. 47 dieser Zeitung, welcher
sich mit der Arbeitslosenunterstützung be-
faßt. Nachdem das Sonnemann'sche
Projekt abgethan, folgert der Verfasser,
daß aus dem Grunde, weil bis zum
Eintritt in die sozialistische Gesellschaft
noch viel Wasser in's Meer fließe, der
Arbeiter, wie in so vielen Fällen, so
auch hier, sich selbst helfen müsse.

In Betracht kommen hier meiner An-
sicht nach nur Krankenkassen, Konsum-
vereine oder auch Meißelgeldzahlung und
zulezt die gewollte Arbeitslosenunter-
stützung. Es ist aber nun eine offen-
kundige Thatsache, daß überall da, wo
die zuerst angeführten Faktoren und
speziell die Konsumvereine vorhanden sind,
die Löhne niedriger sind als da, wo dies
nicht der Fall. Es mag ja eine ganze
Reihe anderer Ursachen dazu führen, daß
dem so ist, aber eigentümlich erscheint
das immerhin und läßt die Einführung
derartiger Mittel zur Selbsthilfe in einem
sehr zweispaltigen Lichte erscheinen. Diese
Mittel können nun aber auch, wenn nicht
richtig angewendet, sehr leicht zu einem
Hinderniß für die Arbeiterbewegung
werden, sie können sehr leicht zu einer
Verflachung des nun einmal notwendigen
Klassenkampfes beitragen. Nun wird
dann weiter in dem Artikel behauptet,
die Arbeitslosenunterstützung wäre nichts
weiter als eine Konsequenz und eine Er-
gänzung der Meißelunterstützung, eine Er-
gänzung für die verheirateten Kollegen,
die nur selten davon Gebrauch machen,
dabei aber ebensoviel Beitrag zahlen, wie
die ledigen Mitglieder.

Von vielen Kollegen ist bisher die
Zahlung von Meißelgeld nur als ein not-
wendiges Uebel betrachtet worden und
sie betrachten sie auch heute noch dafür,
als lediglich zu dem Zwecke vorhanden,
die, etwa nach einem Orte, wo gestreikt
wird, zurückgehenden Kollegen leichter ab-
schließen zu können, soweit ihr Soli-
daritätsgefühl ihnen nicht das schon von
selbst sagt. Andererseits sie wenigstens
in etwas vor dem Gensdarm oder dem
Arbeitshaus zu schützen. Damit soll
aber nun nicht gesagt sein, daß die Be-
treffenden davon leben können; denn
Niemand kann und wird behaupten, daß
die Zahlung von 2 J pro Kilometer
oder im günstigsten Falle 1 J pro Tag
ausreichend sei, um damit seine Existenz
zu fristen. Wie gesagt, in der Haupt-
sache dazu dienend, den anständigen ver-
heirateten Kollegen im Nothfalle einen
sonst wünschigen Lohnbrücker vom Tische
zu halten. Die am Orte Anwesenden
haben somit kein Recht, sich zurückgesetzt
zu fühlen oder gar deshalb nicht dem
Verbande beizutreten; wo das deshalb
geschähe, da, behaupte ich, sind das jaule
Ausreden, zu dem Zwecke, die Trägheit
des eigenen Ich's zu verbergen. Und
ich muß konstatieren, daß überall da, wo
ich gewesen und über diese Sache disku-
tiert wurde, und speziell unter verhei-
rateten Kollegen, dieselben das auch
einsehen.

Doch nun kommt noch ein Punkt und
zwar der, daß eine derartige Einrichtung
„ein sehr zugkräftiges Propagandamittel
für die Gewerkschaften werden würde.“
Ich will das noch vorläufig dahin ge-
stellt sein lassen und werde in späteren
Ausführungen, die mir als zweckmäßig
erscheinenden zugkräftigen Propaganda-
mittel noch näher bezeichnen. Aber das

Eine sage ich jetzt schon, daß es uns
mit diesem zugkräftigen Propagandamittel
ebenso gehen dürfte, wie mit der Meißel-
unterstützung, die uns wohl schon oft
zahlreiche Mitglieder zugeführt hat, aber
nicht im Stande war und auch nicht ist,
die Kollegen dauernd zu halten.

In der Nr. 48 kommt nun der Kol-
lege Breder und bläst in dasselbe Horn,
meinend, daß der größte Theil unserer
Mitglieder die Arbeitslosenunterstützung
wünsche, abgesehen davon, daß er das
zur Begründung der Erhöhung der Bei-
träge in's Feld führt. Ich bin der
letzte, der gegen Erhöhung des Beitrages
etwas hat, aber die Erhöhung wird auch
ohne die Einführung der Arbeitslosen-
unterstützung notwendig, wenn wir ge-
rüstet sein wollen. Man bedenke, daß
wir in diesem Jahre mehrere größere
Ausstände hatten und daß später statt-
findende auf keinen Fall kleinere, sondern
wohl immer größere Dimensionen an-
nehmen werden. Der Kampf gegen das
koalitierte Unternehmertum wird immer
schwieriger, und nur denselben führen zu
können, dazu gehören mehr Mittel als
die mit den bisherigen Beiträgen ange-
brachten ergeben. Und es war ja auch
bei den stattgefundenen Kämpfen ohne
weiteres notwendig, Sammelkassen und
Marken (so in Berlin) herauszugeben;
es wird und muß also auch ohne Ein-
führung der Arbeitslosenunterstützung eine
Erhöhung der Beiträge stattfinden.

Der Kollege Breder zitiert dann, nach-
dem er konstatiert, daß er aus einem
Sankus ein Paulus geworden, Ver-
schiedenes aus der Parvus'schen Pro-
schüre, so den Satz: „Die Streikunter-
stützung ja auch Unterstützung von Ar-
beitslosen“, und daß man während eines
Streiks öfter genöthigt sei, selbst Nicht-
organisirte und auch solche zu unter-
stützen, die schon früher arbeitslos waren
u. s. w. Das wollen wir gewiß ohne
Weiteres zugeben, aber es ist denn doch
etwas anderes, ob die Unterstützung
während eines Streiks gegeben ist oder
nicht, und wenn die Arbeitslosenunter-
stützung wirklich als ein notwendiges
Uebel nun einmal gelten soll, so wird
man sich wohl ohne Weiteres von den
zwei vorhandenen Uebeln das kleinere
vorziehen (Meißelgeldzahlung).

Außer den von Breder angeführten
Sätzen sagt Parvus aber noch folgendes
(S. 37): „Es kommen aber nicht bloß
die Saisonarbeiten in Betracht, son-
dern der Nutzen der Arbeitslosenunter-
stützung hängt überhaupt von folgenden
Umständen ab: inwiefern die Arbeits-
losigkeit als Regel und allgemein oder
bloß lokal und zufällig auftritt? inwie-
fern die Konkurrenz der verwandten Be-
rufe, der ungelerten Arbeiter, der Hand-
industrie sich geltend macht? inwiefern
erkennen die Lohnverhältnisse die Zah-
lung großer Beiträge? Wo diese Be-
dingungen am meisten zutreffen, da hat
auch die Arbeitslosen-Unterstützung ihre
besten Erfolge. Es sind meistens Ge-
werke, die ein abgeschlossenes Gebiet für
sich bilden und Konkurrenz von außer-
halb des resp. Gewerkszweiges am
wenigsten zu befürchten haben. So die
englischen Maschinendauer, die deutschen
Buchdrucker, Bildhauer, Porzellanarbeiter
u. s. w.“

Es läßt sich nun leider augenblicklich,
da wir die Arbeitslosenunterstützung erst
in diesem Jahre eingeführt haben, noch nicht
sicher feststellen, wie weit die ersten beiden
Fragen zutreffen, aber die Konkurrenz
der verwandten Berufe oder speziell der
ungelernten Arbeiter, das ist etwas, was
uns denn doch vorerst zu denken geben
muß, denn von einem abgeschlossenen
Gebiet kann bei uns, von einzelnen Aus-
nahmen abgesehen, nicht die Rede sein.
Sitzu kommt noch, daß immer mehr
weibliche Arbeitskräfte und jugendliche
Arbeiter seitens der Unternehmer ge-
nommen werden. Und über den Werth

der Unterstützung heißt es bei Parvus
weiter:

„Und auch dort, wo die Arbeitslosen-
unterstützung sich bewährt, ist ihr Werth
verschieden je nach den Verhältnissen des
gewerkschaftlichen Kampfes. Zur Zeit
des industriellen Aufschwungs, bei steigen-
dem Bedarf an Arbeitskräften, da sind
die Gewerkschaften in den Stand gesetzt,
eine Angriffspolitik zu betreiben, und
wenn auch die statistische Arbeitslosen-
unterstützung dabei gute Dienste leistet,
so fällt sie doch zu jenen Zeiten, wo
Arbeiter gesucht werden, nicht sehr in's
Gewicht. Zur Zeit der akuten Krise
wieder, da gibt es unaufhaltsame Fluth
von Arbeitslosen, und die meisten Klassen
werden dadurch gesprengt.“

Es geht also hieraus wohl zur Evi-
denz hervor, daß das Experimentieren mit
derartigen Sachen sehr gefährlich werden
kann, und Parvus bestätigt dann auch
S. 38, daß der Nutzen der Arbeitslosen-
unterstützung sich hauptsächlich während
der wirtschaftlichen Depression zeige. Er
sagt sodann, daß unter solchen
Umständen thatsächlich die Arbeitslosen-
unterstützung es sei, die den Organi-
sationen das Rückgrat stärkt, daß
ohne die Unterstützung die Arbeitslosen
in das tiefste Elend versinken würden und
dadurch die größte Gefahr bilden für
die Organisation, für den gewerkschaftlichen
Kampf.

Parvus sagt aber selbst, daß die Durch-
führung der Unterstützung auf jeden Fall
eine schwierige Aufgabe sei, und Kollegen,
wer sagt uns denn, daß aus dieser wirth-
schaftlichen Depression nicht eine akute
Krise wird und so die Sprengung der
Kasse eine unvermeidliche ist? Bedenken
wir doch weiter, daß andererseits dem
Unternehmertum immer mehr Hilfskräfte
in Gestalt von verbesserten Maschinen,
neuen Erfindungen usw. entstehen und
daß wir innerhalb kurzer Zeit durch die
Sprengung Chinas, durch die Neuerrich-
tung von Fabriken in Japan, durch die
Fortentwicklung Rußlands und die da-
durch verursachte Erweiterung des Welt-
marktes einer Weltkrise entgegengehen,
wie sie noch nicht dagewesen und welche
uns dann doch auf andere Mittel und
Wege hinweist und suchen läßt, um die
Massen zu organisieren, als die Einfüh-
rung der Arbeitslosenunterstützung, von
der selbst die überzeugtesten Vertreter der-
selben sagen müssen, daß sie gefährlich
werden kann, daß sie, mit anderen Wor-
ten, thatsächlich einen Schritt in's Dunkle,
Angewisse bedeutet. Und wenn man als
Letztes dieselbe als ein vorzügliches Or-
ganisations- und Agitationsmittel be-
trachtet, weil die Arbeiter in ihr einen
handgreiflichen und mehr beständigen
Nutzen erblicken (Parvus S. 38) so liegt
gerade hier die Gefahr für die Gewerkschaften,
indem sie oft genug, wie die Gewährung
von Meißelgeld, nicht als Mittel zum Zweck,
sondern als Selbstzweck betrachtet wird.
Wenn wirklich die Arbeitslosenunterstützung
ein derartig gutes Kampfmittel ist, wie
behauptet, wie kommt es dann, daß Or-
ganisationen, die Arbeitslosenunterstützung
haben, trotzdem die von ihnen geführten
Streiks nicht durchzuführen im Stande
sind? Ich erinnere hier nur an die Buch-
drucker, Bildhauer, an die Gutmacher.
Die letztgenannten Organisationen führten
erst vor Kurzem einen Streik und unter-
lagen. Die Lithographen, die auch Ar-
beitslosenunterstützung (?) haben, haben
erst kürzlich einen Streik verloren, was
wohl noch in Aller Gedächtniß.

Es kommen eben bei Inaugurierung eines
Streiks ganz andere Momente in Be-
tracht, als das Vorhandensein von Ar-
beitslosenunterstützung, die oftmals dazu
führt, nicht den richtigen Zeitpunkt ab-
zuwarten, auf den es in der Hauptsache
bei einem Streik ankommt. Wir wollen
nun ohne Weiteres zugeben, daß auch
von anderer Seite Fehler begangen wer-
den, daß auch dort, wo keine Arbeitslosen-

unterstützung vorhanden, es nicht möglich war, den Streik erfolgreich durchzuführen, das beweist aber nur, daß es bei Führung des Klassenkampfes gar nicht darauf ankommt, Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sondern daß wir dafür Sorge tragen müssen, die entstehenden und notwendigen Streiks in geregelte Bahnen zu lenken. Und in diesem Punkte stimme ich, wenn auch nicht vollständig (Betreffs der Regelung) dem Kollegen Breder zu. Kollegen, es ist zu beweisen, daß an vielen Orten sich die Kollegen über das Wesen des Klassenkampfes noch nicht klar sind, daß sie, anstatt sich darüber aufzuklären, sich gegenseitig in den Haaren liegen, die Zeit mit geschäftlichem Kraut verbringen usw. Auch hier muß der Hebel gewaltig angelegt werden. Hier muß, wenn nicht anders möglich, seitens der Großstädte systematisch durch Abhalten von Vorträgen, durch Kontrollierung der kleinen Orte usw. vorgegangen werden. Es müssen weiter durch Errichtung von Arbeitsnachweisen, Sekretariaten, guten Herbergen usw. dem Arbeiter Mittel an die Hand gegeben werden, um seine Lage möglichst zu verbessern; aber in der Hauptsache wird und muß es darauf ankommen, dem Arbeiter zu zeigen, daß er nur ein Interesse hat, daß er nur dann, wenn er geint dem geeinten Unternehmertum gegenübersteht, eine Macht bildet. Kollegen, Aller Augen richten sich im Moment auf Hamburg, wo ein Kampf ausgebrochen ist, der uns ungefähr ahnen läßt, was noch bevorsteht, aber hier wird es sich auch zeigen, was die vereinigte Arbeiterschaft vermag.

Berlin. Fr. Schlegel.

Der Hafnarbeiterstreik in Hamburg-Altona.

Drei Wochen währt bereits der gewaltige Ausstand und noch immer ist die Entscheidung nicht gefallen. Der Kampf wird auf beiden Seiten mit einer solchen Ausdauer und Hartnäckigkeit geführt, daß ein Ende desselben heute noch nicht abzusehen ist. Die Zahl der Streikenden ist nunmehr auf 18000 gestiegen.

Den Ernst der Situation erkennend, haben sich Männer gefunden, welche aus eigenem Antrieb den Versuch machten, die streikenden Parteien zu einer Einigung zu bewegen. Die Herren Senator Dr. Hasemann, Chef der Polizeibehörde, S. Hinrichsen, Präsident der Bürgergesellschaft, und Dr. Noack, Vorsitzender des Gewerbegerichts haben es sich angelegen sein lassen, vermittelnd in diesen Kampf eingzugreifen durch den Vorschlag an beide Parteien, auf schiedsgerichtlichen Wege den Ausstand beizulegen.

Die Arbeiter nahmen in großen Massenversammlungen zu der Frage auf Einsetzung eines Schiedsgerichts Stellung, und das Ergebnis derselben war, daß sie beschlossen, falls die Arbeitgeber ebenfalls den guten Willen zu einer Einigung zeigen sollten, sich dem Schiedsgericht eines solchen zu unterstellen.

Dagegen hat der Arbeitgeberverband in einer Versammlung, an der auch der Verband der Eisenindustrie Theil nahm, einstimmig beschlossen, die Bildung des Schiedsgerichts abzulehnen. In dem abgelehnten Schreiben an den Senator Hasemann heißt es u. A.:

„In einer schiedsamlichen Vermittelung ist die gegenwärtige Lage nicht angehen. Sie wäre vielleicht am Platze gewesen vor Ausbruch des Kampfes; nachdem derselbe einmal von den Arbeitern eröffnet ist, und mit solcher Rücksichtslosigkeit geführt wird, muß er durchgekämpft werden. Zu einem schiedsamlichen Ausgleich eignet sich überhaupt nur ein Rohstreik, ein solcher liegt hier aber, wie der ganze Hergang zeigt, nicht vor, hier handelt es sich um einen Nachtstreik. Jetzt würde der Versuch schiedsamlicher Vermittelung nur zu einer Verlängerung des Kampfes führen können, unter der ganz besonders die größtenteils verführten oder in ihrer freien Entscheidung behinderten Arbeiter leiden würden.“

Aus diesen Gründen bedauern wir, auf daß von Sw. Hochwohlgeboren, Herrn Dr. Noack und Herrn Präsidenten Hinrichsen ausgegangene Auerbieten zu schiedsamlicher Vermittelung des Kampfes nicht eingehen zu können, auch abgesehen davon, daß wir gegen die beabsichtigte Weisung des Schiedsamtes mit einem Vertreter der Arbeitgeber

und vier Vertretern der Arbeiter entschieden Widerspruch erheben müssen.

Hochachtungsvoll ergebene Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona.

Der Vorsitzende: gez. Herrn. Blohm.

Das Unternehmertum arbeitet mit Hochdruck, den Sieg an sich zu reißen, wobei die schmutzigsten Mittel nicht gescheut werden. Die Werberagenten, welche das Unternehmertum ausgefandt hat, durch Verprechungen billiges, willfähiges Menschenmaterial für Arbeiter und Stauer einzufangen, sind eifrig bemüht, Ersatz für die Streikenden zu beschaffen.

Um zu beweisen, daß die Forderungen der Streikenden unerschütterlich seien, sucht das Unternehmertum durch Veröffentlichung von Bohnlisten den Schwindel zu verbreiten, daß die streikenden Schauerleute bereits einen Jahresverdienst von 2000-3000 M. erzielt haben. Es wird dabei aber verschwiegen, daß das, was als Jahresverdienst eines Arbeiters aufgeführt wird, der Verdienst von zwei, auch drei Arbeitern ist, was sich folgendermaßen verhält: Wenn ein Schiff bei oder entladen wird, wird ununterbrochen oft Tag und Nacht gearbeitet. Wenn nun der Schauermann nach 15, 18, ja noch mehrstündiger schwerer Arbeit erschöpft ist, muß er, weil die Arbeit nicht unterbrochen wird, einen Hilfsmann stellen. Für den Hilfsmann wird jedoch nicht ein besonderes Konto geführt, sondern was er verdient, kommt auf das Konto desjenigen, den er vertritt. Auf diese Weise kommen die hohen Arbeitslöhne in den Lohnbüchern der Stauer vor.

Jeder mit gesundem Menschenverstand Begabte wird sich sagen: ist es denkbar, daß Leute, welche nach den Angaben der Arbeiter und Stauer täglich 10 M. verdienen haben, streiken, um einen Tagelohn von nur 5 M. zu bekommen? Wenn ja, dann würden ja die Unternehmer gar nichts besseres thun können, als die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Aber der Schwindel ist zu durchsichtig. Es ist festgestellt, daß die Schauerleute, für welche die Hamburg-Amerikanische Packfabrik-Gesellschaft einen Verdienst von 2500-2750 M. angegeben hat, nur eine Jahresentnahme von 1100-1600 M. und 900-1100 M. an Hilfsmannschaften zu zahlen haben. Es ist ferner festgestellt, daß Schauerleute in elf Wochen einen Verdienst von 13,31 M. pro Woche hatten.

Doch alle Machinationen waren nicht im Stande, die Streikenden auch nur einen Augenblick wankelmützig zu machen. Mit bewundernswürdiger Ausdauer harrten sie ruhig und entschlossen im Kampfe aus. Die Arbeiterschaft Deutschlands hat bereits, in richtiger Erkenntnis der Sachlage, den Kampf zu dem ihrigen gemacht und sie wird ihr Möglichstes thun, damit die Arbeiter reich aus demselben hervorgehen. Denn der Kampf gilt nicht mehr allein den Hafnararbeitern Hamburgs, sondern den organisierten Arbeitern Deutschlands überhaupt; man sucht die Organisation, in welcher der Gesamtwille der Arbeiterschaft verkörpert ist, niedergzwingen, das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter zu erwürgen.

Die Blohm und Kühnemann sind eifrig an der Arbeit; sorgen wir dafür, daß deren Anschläge an dem Solidaritätsgefühl der Gesamtarbeiterschaft scheitern.

Die Adresse des Zentral-Schiedsamtes ist: C. Schippmann, Hamburg, Schaarthor 7, erste Etage.

Verbands-Kollegen!

Vergesst die Arbeitslosen-Statistik nicht!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir machen die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember auch das Geschäftsjahr des Verbandes schließt. Wir erjuchen daher, alle Verbandsgelder, welche noch für dieses Jahr verrechnet werden sollen, so zeitig abzusenden, daß sie spätestens am 31. Dezember in Händen des Hauptkassiers sind und von diesem noch für dies Jahr verrechnet werden können.

Geben Sie erjuchen wir, um unsererseits die spezialisierte Jahresabrechnung möglichst bald zusammenstellen zu können, die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten, ihre Abrechnungen vom 1. Quartal sofort nach Quartalschluß fertig zu stellen und uns bis spätestens zum 15. Januar 1897 zuzustellen. Gegen Verwaltungen und Bevollmächtigte, die dieser Aufforderung nicht pünktlich nachkommen, wird nachsichtlich mit Revision der Geschäftsführung vorgegangen werden.

Sodann beschäftigen wir in diesem Jahre festzustellen, wie hoch sich die Mitgliederzahl

in den einzelnen Verufen stellt und liegt es auch hier im Interesse der Genauigkeit unserer Aufstellungen, wenn jedes Verwaltungsglied dafür sorgt, daß die von uns ihnen im Laufe dieser Woche zugestellten Fragebogen umgehend ausgefüllt und eingesandt werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuheben:

- 70491 des Schlossers Paul Lehmann, geb. zu Peitz am 11. August 1873.
- 88133 des Wöhlers Bernh. Müller, geb. zu Chemnitz am 6. August 1863.
- 110912 des Metallarbeiters Ottoman Ronneburger, geb. 21. Dez. 1865.
- 125694 des Formers August Koffien, geb. zu Nachenburg am 12. Sept. 1874.
- 126635 des Formers Jakob Weiß, geb. zu Bilsbiburg am 5. Sept. 1854.
- 186524 des Naders Hermann Hoffmann, geb. zu Schwabach am 11. Juni 1874.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160,1,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Schlosser Andreas Maier, geb. zu Graz am 23. August 1870, ehemals Mitglied des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter Oesterreichs auf B. Nr. 3978, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Verwaltungen und Mitglieder, denen diese Adresse bekannt ist, wollen dieselbe nach hier mittheilen.

Der Schlosser Konstantin Puschart von Pörschach (Klagenfurt) wird ersucht, seine jetzige Adresse mitzutheilen.

Korrespondenzen.

Formner.

Hofstadt. Was Einer nicht zuwege bringt, vereinter Kraft jedoch gelingt! Dieser Worte sollten auch die hiesigen Formner Anfangs voriger Woche eingedenk werden. Der Sachverhalt ist folgender: Der Formnermeister Fein, Brutscher war am Sonntag Abend so unvorsichtig, sich in ein Kontre mit einem Formner einzulassen, in dessen Verlauf er die Worte „Lump“, „fauler Hund“ usw. fallen ließ. Von dem Formner aufmerksam gemacht, daß solche Ausdrücke für einen Formnermeister in einer öffentlichen Wirkerschaft doch höchst unpassend wären, kam nun die Reihe der schimpflichen Ausdrücke auch an diesen, und soll nun der Feinweg für betr. Brutscher unter sehr schwierigen Umständen stattgefunden haben. Nur sich nun an den ihm untergebenen Formnern zu rächen, welche aber absolut nichts mit dieser Geschichte zu thun hatten, fing der Meister am Montag Früh mit einer Entlassung an. In den Wortwechsel, welcher sich hieran schloß, zog er die meisten Formner mit hinein, ihnen ein Komplot unterstehend, welches sie mit dem Formner vom Sonntag Abend geschlossen haben sollten. Von den Formnern aufmerksam gemacht, doch irgend einen Beweis hierfür zu erbringen, fielen von Seiten des Meisters wieder sehr schmeichelhafte Ausdrücke, als „Sauhund“, „Schweinehund“, „Lump“ und noch verschiedene andere Stoffe und Schimpfwörter. Außerdem wollte er noch die ganze „Mande“ rauschmeißen, wie er sich ausließ. Diese Handlungsweise konnten sich die Formner nicht gefallen lassen. Sie beriefen eine Versammlung auf Montag Abend ein, in deren Verlauf eine Kommission gewählt wurde, welche bei dem Direktor vorstellig wurde, um menschliche Behandlung zu fordern, welche von dem Direktor auch bereitwillig zugesagt wurde. Eine Stunde darauf wurde Brutscher entlassen. — Wir wollen denselben nun den Vorschlag machen, wenn er wieder irgendwo eine Meisterstelle bekleidet, sich vorher das Buch: „Knigge's Umgang mit Menschen“ anzuschaffen, denn in seiner Bildung mangelt es durchaus nicht an Tüden. Wir bringen dieses darum zur Kenntniß der Verbandskollegen, weil sich Brutscher immer brüstete, daß er die Verwaltungsstelle in Prenzlau gegründet habe, auch die „Medl. Volksztg.“ lese. Seine Handlungsweise gegen seine Untergebenen steht aber nicht im Einklang mit seinen Erklärungen. Hier anschließend möchten wir den hiesigen Kollegen noch einige Worte sagen. Es ist eine traurige Thatsache, daß von ca. 1200 Metallarbeitern nur ca. 90 Mitglieder des Verbandes sind. Wir erjuchen deshalb die Kollegen, mehr agitatorisch zu wirken. Aber da haben wir gerade den wunder Punkt, diese Arbeit wird Wenigen überlassen und dann ist es selbstverständlich, daß nicht so gewirkt werden kann, als wenn Alle Hand an's Werk legen.

Mit dem bloßen Beiträgezahlen und Mitgliedssein ist nicht genug gethan. Mit dem Versammlungsbesuch ist es zum Theil auch schlecht bestellt, viele Mitglieder sind zum Versammlungsbesuch durchaus nicht zu bewegen. Kollegen, legt diese Praxis ab und kommt häufiger zur Versammlung, damit wir auch in die Lage kommen, den guten Geschäftsgang anzunehmen und materielle Vorteile zu erringen.

Stuttgart, 10. Dez. Schon seit drei Wochen wurde durch die „D. M. Z.“ bekannt gegeben, daß der Zug von Formnern nach Stuttgart und Dinglingen ferngehalten sei, und wohl mancher Arbeiter wird darauf gewartet haben, ob nicht auch einmal eine weitere Auseinandersetzung erfolgt, weshalb die Formner und Hilfsarbeiter der Hängler'schen Fabrik in Stuttgart sich verpflichtet fühlten, gerade in den Wintermonaten gegen einen Fabrikanten Front zu machen. Vor Allem wollen wir bemerken, daß die hiesige Werkstätte wohl keine ihres gleichen in Deutschland findet. In dieser Woche wird die Woche drei Mal gegossen, und an solchen Tagen beträgt die Arbeitszeit 15, 16, 17, ja sogar 18 Stunden. Es kommt nicht selten vor, daß in dieser Werkstätte Früh um 2 Uhr noch gegossen wird. Wenn jemand etwas gegen die lange Arbeitszeit sagt, erklärt S. einfach: Wenn die Arbeiter bis nach Mitternacht im Werkshaus sitzen können, dann können sie auch so lange arbeiten. Ja, er macht es sogar so, daß, wenn die Polizei wegen Nachtruhestörung Anzeige erstattet, er dem betreffenden Tagelöhner, der den Ofen bedient, zumutet, die Polizeistrafe zu bezahlen. Die Verhandlung, die Herr Hängler seinen Arbeitern entgegenbringt, ist eine glänzende: „Tagelöh“, „Fanzler“ sind bei ihm nicht seltene Ausdrücke und deshalb sind auch die meisten Hilfsarbeiter ob dieser Behandlung vor dem Gleichen davon gelassen. Alle zwei Tage kauft Herr Hängler einen Liter Petroleum, und wenn dieses zu Ende ist, raft er dem betreffenden Arbeiter zu: Sie haben gewiß das Öl gegossen? Bricht einem Formner ein Rastengriff ab, so sagt Herr Hängler: Die Formner sind elende Kreaturen, ihnen sollten die Hände abfallen. Sollten sich überhaupt kein Formner verwenden, wenn er nicht Gefahr laufen will, „Pflasterer“ genannt zu werden. Auch ist S. sehr schnell zur Hand, wenn irgend ein Material ausreicht. So sollten z. B. Säulenkerne gemacht werden, es war aber kein Lehm vorhanden. Herr Hängler konnte sich helfen, er ließ einfach den Straßentoth hereinholen und von diesem wurden Kerne gemacht. Die Formner verwahrten sich dagegen mit dem Bemerkten, daß, wenn die Säulen kaputt gehen, er dieselben zahlen müsse. Sie glugen, wie vorauszusetzen, zu Grunde, und nun mühten aber doch die Formner herzuhalten. — In einem hiesigen Blatte hat Herr Hängler vor Kurzem sechs der höchsten Wochenlöhne bekannt gegeben, um zu beweisen, daß die Formner bei ihm schönes Geld verdienen, hat aber vorgezogen, den Lohn, der in 14 Tagen verdient wurde, auf 6 Tage zu schreiben. Herr Hängler rechnet von Samstag zu Samstag. Wir rechnen aber die Stunden, und da stellt sich heraus, daß in dieser Werkstätte die Arbeiter 8 und 9 Tage zusammenbringen. Man kann sich genug denken, wenn man weiß, daß im Durchschnitt für 100 Kilogramm 4 M. bezahlt werden bei größtenteils kleiner Arbeit. Kommt größere Arbeit, so wird diese nach Stück bezahlt, wodurch den Arbeitern jede Aussicht genommen ist, sich für den gebachten Schaden zu entschädigen. Führt von den Arbeitern einer Klage, daß er zu wenig verdient habe, so erklärt der Fabrikant: Wenn's nicht langt, dann gehen Sie in den Wohltätigkeitsverein oder . . . Sie den Wirth. Wenn der Arbeiter sich die Woche hindurch 80-90 Stunden geschunden hat, dann soll er ketteln gehen. Der Arbeitsvertrag des Herrn Hängler lautet im Gehalt, daß ein Arbeiter niemals beim Gewerbegericht klagen dürfe. Das Alles leut dieser Herr wahrscheinlich in den „christlichen“ Vereinen, von welchen er ein eifriger Anhänger ist. Deshalb vertheilt er alle Wochen ein religiöses Blatt gratis. Davon sollen sich wahrscheinlich seine Arbeiter satt essen. Die seit Jahren in dieser Fabrik bestehenden Mißstände bewegen die hiesigen Formner, mit aller Energie dagegen Front zu machen und wurden in einer am 2. November stattgehabten Formnerversammlung die in dieser Werkstätte beschäftigten Formner aufgefordert, Herrn Hängler zu ersuchen, die überlange Arbeitszeit abzuschaffen und einen den Verhältnissen entsprechenden Lohn zu bezahlen. Man glaubte, daß der Fabrikant den selbstverständlichen Forderungen der Arbeiter nachkommen würde. Allein als am 18. November die Arbeiter vorstellig wurden, erklärte er, er lasse sich nichts von den „Aposteln“ einreden und wenn's nicht passe, der könne gehen. Drei Tage später wollte Herr Hängler einige der Arbeiter entlassen, um seine Werkstätte zu „säubern“, allein als die übrigen das sahen, legten sie ebenfalls die Arbeit nieder. Ein-

unthig kämpfen nun diese Leute schon die dritte Woche, Streikbrecher sind keine vorhanden. Es wird und muß der Sieg also unfer sein, wenn die Kollegen allerorts dafür sorgen, daß der Zuzug von Formern, wie bis jetzt, von Dinglingen und Stuttgart fern gehalten wird. Solche Mißstände, wie in dieser Werkstätte, müssen beseitigt werden. Deshalb Kollegen, erleichtert uns den Kampf dadurch, daß keiner nach den beiden Orten reißt.

Klempner.

Breslau. Am 30. November fand im „Ballhof“ eine öffentliche Klempnerversammlung statt, welche von 200 Mann besucht war. Zum ersten Punkte erklärte Bergmann, daß eine Bewegung zur Erreichung besserer Lohnbedingungen nur in Szene zu setzen sei, wenn die Organisation eine starke wäre und die Arbeitgeber sehen, daß die Kollegen geschlossen dastehen. Im 2. Punkte machte der Vorsitzende die Verlesung mit den Vorschlägen der Lohnkommission bekannt. Dieselben gehen dahin, eine Arbeitszeit von 55 Stunden pro Woche zu verlangen. Der Arbeitslohn soll für jedwächere Gefellen 25 J, im Durchschnitt 35 J und für besondere Leistungen 40 J betragen. Ferner verlangt die Kommission für Arbeiter auf dem Lande, wenn über eine Meile von Breslau entfernt, pro Tag 1 50 Lohnzuschlag und für jede Ueberstunde 10 J mehr. Die Vorschläge riefen eine erregte Debatte hervor. Mit dem Lohnsatz von 25 J war man durchaus nicht einverstanden, es solle zwischen Ausgelernten und selbstständigen Arbeitern ein Unterschied nicht gemacht werden. Schließlich wurde der Mindestlohn auf 30 J normiert, die Säge von 35 und 40 J blieben jedoch bestehen. Auch den Lohnzuschlag für Montagearbeiten (1 50 pro Tag) behielt man bei, für jede Ueberstunde sollen 15 J mehr gefordert werden. Der Vorsitzende theilte der Versammlung mit, daß die Kommission die Forderungen den Arbeitgebern unterbreiten werde. Nachdem die Kollegen ermahnt wurden, an dem, was jetzt beschlossen, auch festzuhalten und zwei Gewerkschaftsdelegirte gewählt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung die Versammlung.

Hamburg. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 1. Dez. Nach Verlesung des Protokolls berichtete Köpfe über die Lage des Hafnarbeiterstreiks. Die gutbesuchte Versammlung erklärte sich solidarisir mit den Streikenden und bewilligte ihnen 300 Mk. Sie beschloß dabei noch, daß jeder arbeitende Kollege verpflichtet sei, jede Woche während der Dauer des Streiks mindestens 1 Mk, welche mit Streikmarken quittirt wird, zur Unterstützung der Hafnarbeiter zu zahlen. Ferner wurde beschlossen, jede Woche eine Versammlung abzuhalten. Hierauf erfolgte die Wahl der Ortsverwaltung, wobei Köpfe zum 1., Steffens zum 2., Vorsitzenden, Unterlescher zum 1., Radbold zum 2. Kassierer, Schauer, Malas und Glatte zu Revisoren gewählt wurden. Die Gründung einer Sektions-Bibliothek wurde einer Kommission von 5 Kollegen übertragen. Einem fremden, erst krank gewordenen Kollegen wurden 3 Mk bewilligt.

Leipzig. Die Klempner von Leipzig und Umgegend hielten am 11. November im Gymnasium eine öffentliche Versammlung ab. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Volksebildung und Arbeiterbewegung referirte Genosse Hämisch. Als Redner die christlichen Kulturkämpfer in ihrer Praxis freiste, wurde ihm vom überwachenden Beamten das Wort entzogen. Die Vertikalkommission erstattete Bericht über ihre Thätigkeit. Sie ist der Meinung, daß den von unserer Gewerkschaft geschaffenen Einrichtungen, wie Arbeitsnachweis etc., mehr Interesse entgegengebracht werden müsse. Auch sollen die Kollegen mit der Kommission über Vertikaltangelegenheiten stets Fühlung behalten. Die Kommission macht den Vorschlag, daß man in den Vertikaltellen Delegirte ernannt, um eine bessere Vertikaltbeziehung herbeizuführen. Von besonderer Wichtigkeit waren die Kollegen der Wegetischen Werkstatt gewesen, die trotzdem, daß die Kommission sie öfters eingeladen habe, nicht erschienen seien. Der Vorschlag, den Delegirten vom Gewerkschaftsartikel zurückzutreten, wird dadurch begründet, daß erfahrungsgemäß irgend welche Vortheile den Klempnern nicht geboten würden. In die Vertikalkommission werden die Kollegen Rehbaum, Reubner und Bohmann gewählt, und zwar auf ein Jahr. Als Ersatzmänner werden gewählt die Kollegen Bannhoff, Henschel und Herbig. Ein Antrag wurde angenommen, bei der Behörde Beschwerde zu führen über die heutige Wortentziehung. Alle Beschwerden über Mißstände in Vertikaltellen sind an die Vertikalkommission der Klempner Leipzigs, Graphia, Seeburgstr. 28, zu richten.

Metall-Arbeiter.

Altona-Ottensen. Am 2. Dezember fand im Lokale „Carlshof“ in Ottensen eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt mit folgender Tagesordnung: 1) Wie

können die Metallarbeiter den gegenwärtigen Geschäftsstand zur Besserung ihrer Lage ausnützen? 2) Zweck und Nutzen einer Konferenz für die Provinz. Zum ersten Punkte hatte der Genosse Mohr (Berlin) das Referat übernommen. Zunächst den ungeheuren Aufschwung, den die gesamte Industrie im letzten Jahre genommen hat, schildern, gibt Redner ein Bild von den gewaltigen Umwälzungen, die während der letzten 50 Jahre in technischer Hinsicht in Deutschland stattgefunden haben. Die deutschen Fabrikanten sind bestrebt, den englischen Fabrikanten nachzuahmen und dieselben vom Weltmarkt zu vertreiben. Auch die Arbeiter sind bestrebt gewesen, während der guten Geschäftsperioden ihre Verhältnisse zu verbessern, leider sind aber die Arbeiter fast immer erst am Ende der guten Geschäftszeiten an die Unternehmer mit Forderungen herangekreten und in den meisten Fällen ist den Arbeitern das Erreichte in den Zeiten der Krisen wieder genommen worden. Aber dem Fabrikanten ist es damit noch nicht genug, auch während der günstigen Perioden sucht er die Lage des Arbeiters noch zu ändern durch Einstellung weiblicher Arbeitskräfte, durch Einführung neuer verbesserter Maschinen und Verlängerung der Arbeitszeit. Es ist daher Pflicht des Arbeiters, den jetzigen guten Geschäftsstand auszunützen und etwas von den Millionen, die in die Tasche des Unternehmers fließen, für sich zu beanspruchen. Die jetzige Periode ist nicht vorübergehend, sondern könne etliche Jahre andauern. Durch die Erschließung der ostasiatischen Märkte sei ein großes Absatzfeld für europäische Kultur und Industrieprodukte geschaffen. Hierbei verdient Redner die politischen Verhältnisse in China und Japan, die bisherige Abgeschlossenheit Chinas von der abisolierten Welt, das Aufblühen der Industrie in Japan, das Handelskommen und die Folgen des Krieges zwischen Japan und China. Dieser sei ein rein wirtschaftlicher Ursprung europäischer, das keine Japan zwang China, europäische Kultur einzuführen. Die chinesische Manier wurde durchbrochen. In Ostasien läßt in Ostasien Bahnen bauen, um auf diese Weise die dort befindlichen Reiche dem Verkehr näher zu bringen. So wird China von zwei Seiten bearbeitet und daher rührt der große Aufschwung in Europa genommen haben. Namentlich Deutschland hat großen Antheil an dem unstilligen Weltkampf, Ostasien mit Industrieprodukten zu versehen, genommen, denn es will was sagen, wenn es heißt, 500 000 000 Menschen wollen an den Erzeugnissen europäischer Kultur Theil nehmen. Doch den größten Gewinn sticht in diesem Kampfe der Unternehmer in die Tasche, während doch eigentlich dem Arbeiter, der alle die Erzeugnisse herstellt, der Gewinn gehört. Aber der Kapitalist gebe freiwillig nichts her, es muß ihm Alles abgezogen werden. Nur durch die Arbeiter diesmal sich keine vorübergehenden Vortheile zu verschaffen suchen, sondern er müsse sich dauernde Vortheile sichern, und hierzu gehöre in allererster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die wichtigste Frage, die ihrer Erledigung harret. Hierzu gibt Redner ein Bild von den Zuständen in Bezug auf Bildung und Gesundheit bei den Arbeitern, die unter der heutigen langen Arbeitszeit vorübergehend sind. Durch Verkürzung der Arbeitszeit steigt der Lohn. Redner zeigt an einigen Beispielen, daß einzelne Fabrikanten, die den achtstündigen Arbeitstag eingeführt haben, erklärten, niemals wieder eine längere Arbeitszeit einzuführen, da sie mit den Erfolgen, die sie dadurch erzielt hätten, zufrieden wären. Aber freiwillig ist die Unternehmerklasse nicht bereit, die Arbeitszeit während der guten Geschäftsperioden zu kürzen, sondern der Arbeiter sei gezwungen, dieses durch einen Streik mit Hilfe einer guten Organisation durchzusetzen. Redner zeigt an einzelnen Fällen, in denen die Kollegen kürzere Arbeitszeit erzwungen haben, daß dieses lediglich durch die gute Organisation möglich war. Das Programm der sozialdemokratischen Partei fordere ebenfalls den achtstündigen Arbeitstag, aber es ist ein verkehrter Standpunkt, wenn die Kollegen glauben, mit ihrer Zugehörigkeit zur Partei haben sie ihre Pflicht erfüllt und brauchen nicht Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation zu sein. Es ist jedes Kollegen Pflicht, einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören, wir können nicht so lange warten, bis wir das Recht mit Hilfe der politischen Organisation in Händen haben, sondern wir müssen vorher durch die Gewerkschaftsorganisation eines Druck auf die Unternehmer ausüben, um unsere Forderungen zu verbessern. Freilich darf man nicht erst in die Gewerkschaftsorganisation eintreten, wenn ein Streik in Sicht ist, nein, jeder unabhängige Mitglied sein, und seine geleisteten Beiträge gewissermaßen als eine Art Versicherungsgeld gegen schlechte Verhältnisse betrachten. Die Gewerkschaftsorganisation muß der Regulator der Arbeitszeit zu Recht und Frommen der Arbeiter sein.

Wären jetzt 50-60 Prozent der Metallarbeiter organisiert, so wäre es eine Kleinigkeit einen Vorstoß zu wagen, aber wir müssen erst anfangen zu organisiren, dieses ist unsere heiligste Pflicht, und jeder Kollege muß sich der Organisation anschließen. Europa kann in kürzester Zeit Massen mit Industriearbeitern überschwemmen und ist dieses geschehen, so erfolgt ein großer Krach. Bestehen dann keine guten Organisationen, so wird dem Arbeiter auch das letzte Stüchlein des Ertragens genommen. Ueberall sind die Rühmänner an der Arbeit, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzubringen. Vom 1. Januar 1897 ab sollen die Berliner Schlosser wieder 10 Stunden arbeiten, auch soll ihnen der Lohn gekürzt werden; schwere Kämpfe werden stattfinden und die Solidarität muß große Opfer bringen. Durch gute Organisationen werden beratende Kämpfe gemildert und der Sieg bleibt den Arbeitern. Die Metallarbeiter dürfen daher nicht eher ruhen und rasten, bis alle Kollegen organisiert sind. Unter Weisfall lobt den Redner. Beim zweiten Punkte legt Kollege Schönfeldt der Versammlung die Nothwendigkeit einer Provinzialkonferenz dar und stellt den Antrag, den Vertrauensmann Etich in Mendenburg zu ersuchen, sobald als möglich eine Konferenz für Schleswig-Holstein einzuberufen. J. Schulz schließt sich diesem an, bedauert aber, daß der Vertrauensmann der Provinz, sowie dessen Stellvertreter, so wenig von sich haben hören lassen. J. Schulz bestreitet, daß die Konferenzen einen Zweck haben, denn die Beschlüsse, die dort gefaßt werden, werden in den seltensten Fällen gehalten. Dies muß aber unbedingt der Fall sein, wenn die Konferenzen Zweck haben sollen. Die früheren Konferenzen haben alle Jahre stattgefunden, auf der letzten sei aber der Beschluß gefaßt worden, dieselben nur nach Bedarf einzuberufen; dieses sei der beste Beweis, daß sie keinen Zweck haben. Von Berichten und Agitation habe Redner noch gar nichts gehört. Die erzielten Resultate stehen in keinem Verhältnisse zu den Kosten. Und übrigens habe der Hauptvorstand schon eine Agitation eingeleitet. Im Verlaufe seiner Ausführungen kommt der Kollege auf das Arbeitsregulierungs-Bureau der Eisenindustrie in Hamburg zu sprechen und fordert die Kollegen zu energischer Agitation gegen dieses Bureau auf. Der Vorsitzende stellt einige Ausführungen des Vorredners richtig und weist nach, daß der Kollege Etich selbst einige Versammlungen in der Provinz abgehalten, und daß Kollege Mohr eine Tour auf Veranlassung des Kollegen Etich gemacht habe. Die Gründe Schönfeldts seien nicht maßgebend betr. Abhaltung einer Konferenz. Kollege Edenjäger behauptet ebenfalls, der Vertrauensmann habe seine Pflicht nicht erfüllt, fordert die Kollegen zur Hausagitation auf. Schönfeldt erwidert, daß vielfach der ganze Geschäftsstand die Kollegen abgehalten habe, für die Beschlüsse der Konferenz einzutreten. Dafür könne man nicht den Vertrauensmann verantwortlich machen. Er befürwortet nochmals seinen Antrag, da es sich darum handelt, gemeinsam mit den Kollegen in der Provinz in Bezug auf Agitation, Streiks etc. vorzugehen. Auf der Konferenz ist es möglich, sich über die im Laufe der Zeit gemachten Erfahrungen auszusprechen und gleiches Vorgehen in allen Fragen herbeizuführen. Mohr lobt aus, daß unter Umständen die Konferenzen von Nutzen sein können. Namentlich wenn dieselben in Bezug auf Agitation neben dem Hauptvorstande ergänzend wirken. Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Schönfeldtschen Antrages. Zum dritten Punkte beantragt der Kollege S.: Aus Anlaß des Hafnarbeiterstreiks ist eine Kommission zu wählen, die folgende Aufgabe hat: 1) Alle Fälle, in denen Kollegen gemahnt werden, weil sie sich weigern, Schauerarbeiten zu verrichten, zu registriren und zur weiteren Verfolgung dieses der Verwaltungsstelle des D. M. - Z. zu Altona zu überreichen. 2) Eine Lohnstatistik der hiesigen Metallarbeiter anzuführen und eine Lohnbewegung in's Leben zu rufen, um den Fabrikanten zuzusetzen. — Sch. erwidert, daß es nicht notwendig sei, eine Kommission zu wählen; die etwa gemahnten Kollegen können sich direkt an die Verwaltungsstelle wenden. Was den zweiten Theil des Antrages anbelangt, so sei dieses sehr wichtig, wir sollten lieber erst organisiren. Im Uebrigen bittet Redner um Ablehnung. S. erwidert, wir müssen energisch vorgehen und die Zeit nicht verstreuen lassen. Der Vorsitzende erwähnt hierauf ein Zirkular der Eisenindustrie, worin die Fabrikanten ersucht werden, ihre Arbeiter zu entlassen, um den Hafnarbeitern einen Theil der Unternehmungen zu entziehen. Nach einer kurzen Diskussion wird der Antrag abgelehnt. Nach einem Schlagwort des Referenten erhebt der Vorsitzende, thätkräftig für die streikenden Hafnarbeiter einzutreten, damit dieselben den Sieg davon tragen. — Die Versammlung war von ca. 500 Per-

sonen besucht; es ließen sich ca. 50 Kollegen in den D. M. - Z. aufnehmen.

Bergedorf. Am 5. Dezember fand im Vereinslokal eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Nothwendigkeit der Gewerbevereine. In längerer Rede beleuchtete Genosse Mohr das Berliner Thema. Von einer besonderen Stellungnahme zu dieser Sache nahm die leider nur mäßig besuchte Versammlung Abstand, da dasselbe Thema in nächster Zeit in einer öffentlichen Volksversammlung besprochen werden soll. Nach Schluß der öffentlichen Metallarbeiterversammlung fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. An Stelle des ausscheidenden Bevollmächtigten Erne wurde Lissner mit 14 von 27 Stimmen (von letzteren 2 unbeschriebene Stimmzettel), als Kassierer Wöhne per Akklamation einstimmig gewählt. Zum Schriftführer wurde Zahn, als Revisoren Reich und Twetten bestimmt. Bei Verschiedenes wurde einstimmig ein Antrag des Kollegen Jügen angenommen: „Während des Streiks der Hafnarbeiter Hamburgs ist jedes Mitglied der Sitale moralisch verpflichtet, pro Mann und Woche 1 Mk auf vom Verband gestempelte Sammelbögen zu zahlen.“

Charlottenburg. Die Verwaltungsstelle Charlottenburg des D. M. - Z. hielt am 5. Dezember ihre Generalversammlung ab. Aus dem Thätigkeitsbericht des Bevollmächtigten Barowski ist zu entnehmen, daß in diesem Jahre 13 Mitgliederversammlungen und 16 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Auch hatten sich die Kollegen 12mal zu einer Vertrauensmännerkonferenz in diesem Jahre versammelt und waren die Gegenstände der Verhandlungen hiesige Werkstättenverhältnisse und die Agitation. Öffentliche Versammlungen wurden 0 abgehalten, welche zu dem Gewerbevereinswahlen, zu Streiks und zum internationalen Kongreß Stellung zu nehmen hatten. Bei unserer Arbeit sind wir auch von der Polizei nicht verschont geblieben und zwar wurden zwei Kollegen mit je 9 Mk Strafe und 1 20 Schreibgebühren belegt. Nur Einer der beiden brachte zu zahlen, da die Schuldlosigkeit des Andern vor Gericht bewiesen wurde. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 236 gegen 61 im vorigen Jahre. Davon sind zugereist 20, abgereist 30, ausgeschieden 30, ausgeschlossen wegen Streiksbruch 1, übergetreten aus Dänemark 1, somit verbleiben jetzt 176 Mitglieder. Nach Verlesen referirten sich die Kollegen wie folgt: Schlosser 103, Mechaniker 1, Dreher 8, Gelbgießer 2, Klempner 23, Formier 1, Maschinenbauer 2, Fernmacher 2, Optiker 2, Metallarbeiter 26, Messerschmied 1, Schmiede 5 und Gürtler 1. Barowski wurde zum Bevollmächtigten, Pasche zum Kassierer, Lange, Kipke und Gyzinski zu Revisoren gewählt. Zu die Zeitungskommission wurden Piepe, Braun, Wegdorf, Keller und Burdow, als Bibliothekar Gampel gewählt. Kipke verlas die von der Bibliothekskommission zur Anschaffung vorgeschlagenen Schriften, welche die Versammlung auch akzeptirte; die Kosten dafür belaufen sich auf über 50 Mk, jedoch wir nach 12-jährigem Bestehen eine zahlreiche und lehrreiche Bibliothek besitzen. Ferner beschloß die Versammlung den Ausschluß des Kollegen Herbe wegen grober Vorwürfe und Beleidigungen gegen die Mitglieder beim Vorstand zu beantragen.

Hannover. Am 29. November fand eine von der Agitationskommission des D. M. - Z. in Hannover einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, zu welcher Kollege Otto Bornann über „den Lohnkampf und unsere Organisation“ referirte. Man hatte sich der Hoffnung hingeegeben, daß diese Versammlung recht zahlreich besucht würde, aber leider war dies nicht der Fall. Trotzdem man sich alle Mühe gegeben hatte und durch den Zeitungskorrespondent noch extra einladen ließ, waren kaum 12 Metallarbeiter anwesend. Wenn man die anderen Gewerkschaften nicht etwas unterstützt hätte, hätte die Versammlung gar nicht stattfinden können. Dieses traurige Resultat ist die Folge der großen Laune und Interesselosigkeit, welche bei Euch, Kollegen, eingetreten ist. In die Versammlung könnt Ihr nicht kommen, da habt Ihr keine Zeit, man geht lieber nach dem „Livol“ oder nach der „Göhe“, dort gibt es ja Klindtm. Kollegen! Es fehlen auch die Tage der Arbeitslosigkeit und der Noth wieder, dann wirt Ihr, wo der D. M. - Z. ist. Darum rufe ich Euch zu: Besucht die Versammlungen besser, seht die „Met.-Arb.-Ztg.“, damit Ihr aufgeklärt werdet und agitiert fortwährend für den D. M. - Z.

Kulmbach. Am 1. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Gerhard aus Nürnberg über Zweck und Nutzen der Organisation referirte. Der Hauptzweck der Versammlung war, hier eine Bahnhalle des D. M. - Z. zu errichten, was denn auch am 3. November erreicht wurde, indem sich 24 Mitglieder einzeichneten. In diesen haben sich nun noch einige gemeldet, so daß jetzt die Zahl von 32 Mitgliedern erreicht ist. Es sind hier über 150 Metallarbeiter beschäftigt, aber es herrschte

bisher eine große Nachlässigkeit unter den Kollegen, obwohl die Zustände hier nicht besonders glänzend sind, existieren hier höhere bei Schloßern usw. von 18 1/2 die Stunde; das müssen schon fast tägliche Arbeiter sein, die 25-30 die Stunde verdienen. Zum Schluss ist noch zu bemerken, daß von obigen 24 Mitgliedern die Hälfte noch nicht wieder in eine Versammlung gekommen ist und bis dato noch keine Steuern resp. Beiträge bezahlt hat. (Einkassieren! Red.) Ich möchte hier die Kumbacher Kollegen ersuchen, sich die Sache etwas mehr angelegen sein zu lassen.

Lübeck. Der schon bereits 9 Wochen andauernde Streit auf dem Emailierwerk von Carl Thiel & Söhne in Lübeck ist noch immer nicht beendet. Wenn nicht Alles trägt, dürfte bald die Entscheidung fallen. Deshalb ist es gerade jetzt notwendig, daß der Zugang streng eingehalten wird. Daß Herr Thiel trotzdem Anzahl Leute nichts fabricieren kann, geht daraus hervor, daß die Arbeit in freien Werkstätten und zwar bei Teufel angefaßt werden soll. Bei Teufel haben sich bereits sämtliche Schloffer mit den Streitenden solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Deshalb, Genossen, dürfen sich Metallarbeiter aller Branchen nicht verlocken lassen, Thiel & Söhne in Arbeit zu treten. Das Wichtigste ist, wenn die Berufsgenossen gewissen Labet überhaupt meiden. Aber auch pekuniäre Unterstützung ist noch immer erforderlich, denn es sind noch 311 Strände zu unterstützen, darunter 80 Frauen und Mädchen. Verheiratet sind 196, welche 363 Kinder zu ernähren haben.

Mainz. Die fünftägige Metallarbeiter-Versammlung am 6. Dezember war von 52 Personen besucht. Der Vorsitzende beantragte den schwachen Besuch da wir in letzter Zeit durch die Landtags- und Reichstagswahl so beeinträchtigt wurden, daß wir mehrere Vorträge und Versammlungen vertragen mußten. Kollege Plebmann hielt einen interessanten Vortrag über: „Ist die Bedürfnislosigkeit eine Tugend?“ Zu „Schiedenen“ wurden die Kollegen aufgefordert, für die bevorstehende Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes Material zu sammeln und dasselbe an die Ortsverwaltung abzuliefern. Kollege Schell stellte den Antrag, zu diesem Zwecke eine Versammlung der Bevollmächtigten und Ersatzmänner der Unfalluntersuchungskommission und des Schiedsgerichts einzuberufen, was allseitig Zustimmung fand. Kollege Fohmann stellte den Antrag, die zur Generalversammlung zu entsendenden Delegierten zu beauftragen, den Antrag zu stellen, die nächste Generalversammlung in Mainz abzuhalten. Nach einer kleinen Debatte wurde derselbe angenommen. Nachdem Kollege Hansmann die Kollegen ermahnte, nach Kräften für die Lohnstatistik und den Verband zu agitieren, um für nächstes Jahr in eine Lohnbewegung für alle Brancheneintritten zu können, und die näheren Angelegenheiten einer Weihnachtsfeier geregelt waren, erfolgte der Schluß der Versammlung mit dem Appell, bei der nächsten Versammlung in 14 Tagen zahlreicher zu erscheinen, da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

Oberstein. Kollegen Obersteins! Zu der am 21. November stattgehabten regelmäßigen Mitgliederversammlung konnte man wieder einmal den Geist der Gleichgültigkeit bemerken, der bei der Mehrzahl unter uns, gleichwie die gesamte hiesige Arbeiterchaft erfüllt. Von denca. 40-50 am Orte wohnenden Mitgliedern waren, wie gewöhnlich, etwa 12-15 Mann anwesend. Selbst solche, die sich sonst als die Treuesten der Treuen bezeichnen, bekunden ein außerordentlich tiefes Interesse an der Sache, indem sie in den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen. Es ist hier nicht der Ort, die uns zum Theil bekanten Motive persönlicher Natur näher zu beleuchten. Doch es ist nicht allein der eben gerügte schlechte Besuch der Versammlungen, den wir beklagen müssen, einen ebenso zwingenden Grund dazu gibt uns eine andere mindestens gleich unerfreuliche Erscheinung, die sich selbst zum Theil bei den die Versammlungen besuchenden Mitgliedern bemerkbar macht. Es ist dies eine, vielleicht größtentheils unbewußte, Disziplinlosigkeit, eine Apathie der Geschäftskontrolle gegenüber, die allem planmäßigen und zielbewußten Arbeiten zum Fördern der Bewegung hemmend in den Weg tritt. Es würde den Rahmen der Korrespondenz überschreiten, wollten wir diesen und anderen zu Tage tretenden Mängeln auf den Grund zu gehen versuchen, doch behalten wir uns vor, dieselben, sowie die Zustände in einer hiesigen Maschinenfabrik, die zur Veröffentlichung drängen, nächstens hier zur Sprache zu bringen.

Schwelm. Am 22. November fand die Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Die Abrechnung für das 3. Quartal ergab 249,25 Einnahme, 194,42 Ausgabe, 54,83 Kassenbestand. Die Verwaltungsstelle zählte Anfangs dieses Jahres nur 36 Mitglieder, da zahlreiche Austritte und notwendige Ausschließungen

stattgefunden hatten. Im Frühjahr brach in den zwei hiesigen Holzschraubenfabriken, welche auch viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigten, ein Streik um bessere Lohnbedingungen aus, an welchem sich 160 Arbeiterinnen beteiligten; es mußte in Folge dieser Arbeitseinstellung auch eine Anzahl männlicher Arbeiter feldern. Von der hiesigen Ortsverwaltung wurde nun diese Angelegenheit in die Hand genommen und den Streitenden mit Rath und in finanzieller Hinsicht zur Seite gestanden, um die Sache zu einem für dieselben günstigen Ende zu führen. Dieser Streik führte denn auch zum Siege der Arbeiterinnen mit fast vollständigen Erfolge. Durch diese Vorkommnisse wurden die hiesigen Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallindustrie etwas aufgerüttelt aus ihrer Gleichgültigkeit und die Folge war, daß sie sich zahlreich dem Verbands angeschlossen, so daß die Mitgliederzahl auf über 200 stieg. Die Versammlungen wurden Anfangs gut besucht, aber jetzt, seit ca. 3 Monaten, sind gewöhnlich so 12 bis höchstens 20 Mitglieder anwesend. Auch Austritt von Mitgliedern ist an der Tagesordnung. In einer früheren Mitgliederversammlung wurde beschlossen, alle 4 Wochen einen Vortrag oder eine Vorlesung halten zu lassen, um die Versammlungen möglichst lehrreich zu gestalten. Leider konnte bis jetzt nichts in dieser Richtung geschehen wegen schlechten Besuchs der Versammlungen. Besonders die männlichen Mitglieder möchten wir ermahnen, ihren Verbandskollegeninnen mit gutem Beispiel voranzugehen. — Wir wollen hoffen, daß dieser Artikel seinen Zweck erfüllt, daß die Mitglieder sich ihrer Pflichten wieder voll und ganz bewußt werden.

Werkheim a. M. Von Herrn Wilh. Reich, Gerbfabrikant in Werkheim, erhalten wir in Bezug auf die in Nr. 47 gebrachte Korrespondenz über seine Fabrik eine Zuschrift, der wir Folgendes entnehmen: 1) Das sogenannte „Strafsystem“ wird genau der bestehenden und behördlich genehmigten Fabrikordnung gemäß behandelt und findet in der Regel nur Anwendung für Planmacher und Summier, welche nicht einmal eine Entschuldigung für nötig halten. 2) Es ist unwar, daß den Arbeitern irgend welcher Lohn nicht ausbezahlt wird, alle Monate erfolgt Abrechnung und jede Woche erhalten die Arbeiter einen sogenannten Schutz, dessen Höhe vom Arbeiter selbst am Samstag Vormittag normirt werden kann. Es wird sogenannter Schutz von 12-25 M gezahlt, je nach Wunsch des betreffenden Arbeiters. Kohlen liefern ich meinen Arbeitern frei in's Haus zum Selbstkostenpreis auf keine monatliche Ratezahlung. 3) Ist es unwar, daß der erwähnte Former bei seinem Austritt mehr Vorkaufs empfangen, als er verdient hatte. Dieser Arbeiter erbat sich am Sonntag, den 12. Juli, nachdem er den Tag zuvor seinen gewünschten wöchentlichen sogenannten Schutz mit 15 M erhalten hatte, ein weiteres Darlehen von 30 M unter dem Vorgeben, seinen Umzug von Darmstadt nach Werkheim beschleunigen zu können, welches ihm auch bereitwilligst gewährt wurde. Der größte Theil dieses Geldes wurde aber, wie ich erfuhr, verjubelt und ca. 14 M erhielt die Frau in Darmstadt. Nach wiederholtem Planmachen mußte ich dem betreffenden Former kündigung resp. entlassen. Mein Guthaben, aus dem Darlehen resultierend, betrug jedoch bei seinem Austritt, da der Betreffende sich gleich nach der Kündigung krank meldete, noch 19,52 M. Hierfür erbot sich der bewußte Former, als Pfand seinen Werkzeugkasten zurückzulassen mit dem Bemerkten, daß er den Betrag in aller Kürze einlösen würde, worauf ihm das Pfand franko p. Gültig meinerseits zuzufinden schriftlich zugesichert wurde. Als nach Verlauf von Monaten das Geld nicht eintraf, dem Former jedoch per Einschreibebrief mitgeteilt wurde, daß, wenn er innerhalb 8 Tage seine Schuld nicht bezahlte, ich das Werkzeug in der Eiekerei versteigern lasse, gab derselbe keine Nachricht, worauf ich das Werkzeug versteigern ließ. Dies zur Verichtigung. Wir ersuchen unsere Korrespondenten wiederholt, uns stets nur die Wahrheit zu berichten. Es ist notwendig, daß sie klagen, die ihnen von einzelnen Arbeitern zugehen, erst genau auf ihre Richtigkeit prüfen. Die Red.)

Schloffer u. Maschinenbauer. **Breslau.** Am 28. November tagte im Restaurant „Merkur“, Schulstraße 42, eine stark besuchte Mitgliederversammlung des D. M. V. (Sektion der Schloffer). Nach dem mit großem Beifall aufgenommenem Vortrag des Redaktors Schöps über „Wissen, Kraft und Religion“ erstattete der Kassirer Bericht über das 3. Quartal, welcher vom Revisor Hoffmann für richtig erklärt wurde. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Döhl als 1., Dann als 2. Vorsteher, Friedmann als 1., Schlichting als 2. Kassirer, Gierle als Schriftführer, Hoffmann, Rainwald und Garf als Revisoren. Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende auf die Arbeitslosenstatistik aufmerksam und forderte die Mit-

glieder, welche in diesem Jahre einmal arbeitslos waren, auf, binnen Kurzem die Karten auszufüllen und abzugeben, damit sie dem Hauptvorstand eingesandt werden können.

Fellenhauer. **Schwelm.** Der Fellenhauermeister Paul Klein in Kattowitz, O.Schl., herrscht in seiner Bude fast noch schlimmer wie ein König Stumm. Als Schreiber dieses den zweiten Tag bei diesem Meister war, hatte sich ein Kollege (ein Berliner) erlaubt, für 10 S Schnaps holen zu lassen. Der Meister kam gerade dazu. Unzer verschiedenen „Namen“, die er hat fallen lassen, wollte er dem Kollegen auch die Flasche geschlagen. Auch schrie er: „Bei mir darf kein Schnaps getrunken werden.“ Ferner meinte Herr Klein: „Die soziale Frage ist bald gelöst, man braucht den Arbeitern bloß kein Geld in die Hand zu geben, damit sie nicht faulen können.“ Den ganzen Tag sieht Herr Klein in der Bude und steht den Kollegen auf die Finger. Einmal ankerte er: „Ein Arbeiter hat nur seine Arbeit zu verrichten und sonst an nichts zu denken.“ Als ich ihm zur Antwort gab, da solle wohl der Arbeiter in der Dummheit so weiter leben, meinte er u. A., ich sollte nur so weiter am Verbands festhalten und ich würde schon sehen, wo ich bleiben würde. Der Schluß war die Entlassung, auf welcher noch steht: „Auf eigenen Wunsch entlassen.“ Demnach werden die Kollegen vielleicht denken, wenn der Meister in solchen Sachen so energisch ist, so wird er wohl in Kost, Logis und Lohnzahlung auch so pünktlich sein. Doch weit gefehlt. In der Bude sind 8 bis 9 Gesellen beschäftigt, 5-6 sind bei dem Meister in Logis und zahlen pro Monat 30 M. Die Kost wollen wir noch bahingehen lassen, aber die Schlafstelle läßt viel zu wünschen übrig. In einem Keller stehen 5 Bettstellen, die „Betten“ bestehen aus Strohsack, Kopfkissen und einer dünnen Pferdebede zum Einhüllen. Die ganze Woche wird der Strohsack auch nicht aufgeschüttelt. Die Schuld, daß es so ist, liegt eigentlich nur an den Kollegen. Mit Ausnahme von 2 Kollegen sind alle im Rifford. Durchschnittlich gibt es per Zentner 6 M. Wenn auch 40 halbrunde auf den Zentner gehen, das ist ganz gleich. Durch die lange Arbeitszeit (es gibt keine Frühstücks- oder Besperpause) gelingt es den Kollegen, monatlich bis 70 M oder etwas mehr zu verdienen. Am 1. eines jeden Monats gibt der Meister einem verheirateten Gesellen mit 6 Kindern 15 M Vorkauf. Er selbst verlangt von einem Ledigen 15 M. Am 15. jeden Monats ist dann Löhnung. Also muß ein armer Fellenhauergeselle seinen Lohn einen ganzen Monat stehen lassen. Die Kollegen werden sich sagen: Warum ist das so? Ganz einfach: sämtliche Gesellen, die da sind, sind fast alle Klein's Ausgelernte. Sie haben bis jetzt nichts Besseres gesehen und denken, es muß so sein. Am Viertels schnupfen sie ja alle, aber die Zustände abzuschaffen, das erdreistet sich Keiner. Es ist sogar Einer darunter, der den Andern die großen Feilen wegnimmt und sich selbst dem Meister anbietet, noch nach Feierabend zu arbeiten. Ganz unfruchtbar ist der Boden ja nicht. Zwei von den Besten haben der Bude bereits den Rücken gefehrt. Es ist daher unser Aller Pflicht, die obersteleischen Kollegen aufzuklären. Namentlich möchten wir ein Flugblatt zur Vertheilung, in dem die Herren Harmonicapotel beleuchtet werden, denn es neigen Viele auf diese Seite. Den obersteleischen Kollegen möchte ich noch an dieser Stelle zurufen: Tretet ein in den D. M. V., um auch Euch wird es bald gelingen, diese Mißstände abzuschaffen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro November 1896.
Einnahme. Kassenbestand vom Monat Oktober M 575 338,71. Von Affeln M 50. Aldenrade 80. Altenburg 200. Altdorf 11 50. Altenstein 70. Annen 150. Annweiler 61,07. Ausbach 200. Aßchersleben 30. Attendorf 50. Auerbach i. B. 27. Baden-Baden 125,80. Bayenthal 100. Bayreuth 50. Bergedorf 80. Berlin III 400. Berlin V 300. Berlin VII 400. Berlin VIII 400. Berlin IX 300. Bellingen 80. Betsdorf 100. Behendorf 30. Bieker 200. Bielefeld 400. Bill 350. Bochum 100. Bodenheim 370. Böblingen 32,78. Braßwede 100. Braunschweig 400. Breslau 400. Brühl 150. Brühl 150. Bunzlau 61,65. Burg bei Magdeburg 60. Cambsatt 200. Cöln - Süd 400. Cöln - Pongert 42. Cörne 31. Cöthen 50. Cöwzig 75. Crammshausen 55,82. Dahl a. d. W. 50. Dalkorf 100. Delftern 100. Derendorf 200. Dessau 100. Dietrichsdorf 150. Dinkelsbühl 26,80. Dresden-Meckl 300. Düsseldorf 150. Durlach 100. Ebersfeld 200. Eibelsdorf 50,52. Eilenburg 91,84. Eiringhausen 100. Eisenach 44,54. Eiterfeld 300. Ellersdorf 100. Elmsteden 50.

Enzheim 100. Erfurt 150. Esplingen 200. Eymroth 30. Faurndau 60. Fehrenheim 150. Flensburg 300. Frankfurt a. D. 50. Freiberg i. S. 60. Freiburg i. Br. 200. Friedberg i. S. 33,35. Friedrichshagen 150. Friedrichsdorf 200. Fulda 40. Fürth 300. Gaarden 150. Gaggenau 100. Glas 40. Gleiwitz 30. Geraschütz 70. Giebichenstein 300. Gorbiz 350. Göttingen 100. Götting 80. Grevenbroich 109,40. Grödingen 50. Gsteinach 100. Gummerbach 100. Halle a. S. 400. Hagenacker 50. Hamm i. W. 160. Harburg 200. Hattlingen 85. Hausen bei Siegen 40. Hausen b. Offenbach 50. Hebelberg 100. Hennef 100. Heßlein 100. Heßberg 175. Höchst a. M. 150. Jena 80. Jngolstadt 100. Jericho 100. Juchow 120. Kaiserlautern 200. Kall 300. Karlsruhe 300. Kettwig 33,83. Kirchhildmold 50. Kirchheim u. T. 80. Kirchlinde 60. Klotzsche 75. Königsberg i. Pr. 400. Körtingsdorf 200. Kogenau 187. Köstheim 50. Langenstück 20. Laubegast 150. Leinfach 100. Leichhausen 200. Leipzig 200. Lemsdorf 75. Leignitz 60. Limbach 70. Limburg 100. Limmern 200. Lindau 200. Lindenthal 100. List 140. Löbtau 150. Lollar 60. Loßwitz 100. Lubwigshafen 100. Lüdenscheid 150. Magdeburg 300. Mainaschaff 70. Mainz 200. Mannheim-Neckar-Vorstadt 300. Meisen 100. Memel 50,70. Metz 150. Montigny 60. Mühlheim a. M. 90. Mühlheim a. d. R. 100. Naumburg 100. Neheim 100. Neinstedt 50. Neuenrade 100. Neu-Jfenburg 50. Neustadt a. S. 50. Nieder-Jungelheim 110. Niederschönweide 50. Nürnberg 800. Oberpfefferwiz 50. Obergad 300. Oehringen 30. Offenbach a. M. 400. Osterheim 100. Oldenburg 50. Pegnitz 47,95. Penig 60. Pforzheim 200. Pleßchen 300. Randersacker 100. Ravensburg 50. Remscheid 150. Reudersburg 100. Ricklingen 100. Riehl 50. Ritzdorf 200. Rodenkirchen 80. Roß a. S. 100. Röthe 51. Saarbrücken 200. Saargemünd 50. Sangerhausen 60. Schiffbeck 50. Schlader 50. Schlader 100. Schleswig 50. Schriedeberg 100. Schöllbrunn 80. Schornborn 20. Schönebeck 50. Schöneberg 100. Schramberg 100. Schwabach 61. Schwerte 300. Schweigen 100. Seidenheim 70. Selb 100. Siegburg 200. Sieglar 80. Seif 30,50. Spandau 150. Speldorf 50. Steinbeck 59,70. Straßdorf 30. Strandling 75. Stuttgart 100. Striegan 41,30. Syrrum 100. Subenburg 400. Tegel 200. Tiefschneuth 40. Trolsdorf 120. Uebigan 150. Uffenheim 313,54. Unterbach 60. Unterlahen 80. Unter-Melberich 75. Urberach 100. Wagg 200. Wäbe 45,84. Wabaschaff 50. Waldbüttelbrunn 70. Weimar 250. Weingarten bei Karlsruhe 70. Weisenau 40. Weisenburg 100. Werdohl 40. Wetter a. R. 100. Wiblingen 10,46. Wiesel 40. Wiesloch 38,75. Wilhelmshaven 150. Wolfenbüttel 50. Würzburg 100. Zentneroda 200. Zirndorf 100. Zschlegde 100. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 355,30. Von Berufsgenossenschaften 58,37. Zurückbezahltes Gehalt von dem Bureauarbeiter W. Weinheber 35. Vergütung an Porto 12,59. Sonstige Einnahmen M 1,21. Summa: M 606 381,12.

Ausgabe. Nach Altona M 30. Augsburg 200. Birlinghoven 40. Bodenwöhr 100. Bremen 150. Brück 50. Cronbach 50. Dinkelsbühl 50. Eberswalde 100. Eningen 70. Geestemünde 100. Gimmheim 50. Hamburg-St. Pauli 50. Heidelsheim 60. Heilingsfeld 50. Heumar-Nath 50. Hörde 100. Kappel 200. Kl. Ottersleben 50. Laar 150. Letmathe 100. Meß 100. Ratibor 175. Rantheim 60. Rodenkirchen 100. Rothenthalmold 100. Torgelow 30. Wöppingen 40. Zuffenhausen 50. Zrankenfeld an: J. Becker, Jtter 17,50. Z. Critropel, Zittau 100. Z. Funke, Zwicklingen 19,80. Z. Sahaf, Zranenburg 14,70. Z. Reyer, Zrbach 19,80. Z. Koch, Zedershausen 19,80. Z. Krewinkel, Zlumenthal 12,60. Z. Müller, Zusa 19,80. Z. Hopfe, Unna 14,85. Z. Schleuning, Zidengesäß 23,10. Z. Schulze, St. Andreasberg 29,70. Z. Sprengel, Zangermünde 18,15. Zerbogel für Z. Critropel, Zittau 100. Gehalt an die Beamten der Hauptverwaltung 905. Mantelgeld des Hauptassistenten 10. Vierteljährliche Bureaukasse 225. 500 000 Marken 250. 20 000 Krankenheine 120. 2000 Marktrechnungen 13. Porto, Schreibmaterial usw. 219,50. Ca.: M 4518,90.

Bilance.
Einnahme M 606 381,12.
Ausgabe „ 4518,90.
Kassenbestand M 601 862,22.

An die Ortsverwaltungen.
Um unnütze Schreibereien und unliebsame Auseinandersetzungen zu vermeiden, mache ich darauf aufmerksam, daß in den hier in der Zeitung veröffentlichten monatlichen Abrechnungen der Hauptkasse nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse verrechnet werden, die in dem am Kopfe der Abrechnung angegebenen Monat gemacht wurden.
Serner ersuche ich, die Abrechnung für die Monate November-Dezember gleich nach dem 1. Januar aufzustellen und an die

Hauptkasse einzufenden, damit die Jahresabrechnung rechtzeitig fertiggestellt werden kann.

Die in der November-Dezember-Abrechnung als „an die Hauptkasse gesandt“ verrechneten Gelder müssen vor dem 1. Januar abgeliefert werden.

Mit Gruß C. Butenuth, Hauptkassierer.

Zur Aufklärung.

Bezüglich der in Nr. 48 veröffentlichten Abrechnung des Agitations- und Unterstützungsfonds der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29) ist zu bemerken, daß die aufgeführte Summe von M. 120,57 von Wachsmauth-Sindenhof der Ueberschuß von dem letzten Sommerfest ist, an dem sich die Hütten Mannheim, Sindenhof und Medar-Vorkast betheiligt haben.

Braunschweig, den 9. Dez. 1896. Chr. Ostermann.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieck Verlag) ist soeben das 11. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Fall Gohs. — Kritische Bemerkungen zu Kagensteins kritischen Bemerkungen über „Die Frau und der Sozialismus“.

Von den „Gesammelten Vorträgen und Aufsätzen“ des Professor Dr. A. Döbel in Zürich, welche unter dem Gesamttitel „Aus Leben und Wissenschaft“ im Verlag von J. F. W. Dieck in Stuttgart erscheinen, kommen soeben die Schlußhefte 20-22 zur Ausgabe.

„Neuland“. Unter diesem Titel erscheint seit Oktober im Verlag von J. Sassenbach in Berlin eine neue, gut ausgestattete Monatschrift in Brochürenform.

„Eine Geschichte der modernen Polizei“ von Paul Kampffmeyer beginnt soeben im Verlag von Hans Baake, Berlin, zu erscheinen.

Briefkasten.

Kulmbach. 1. Wegen die Ueberwachung läßt sich nichts machen, die Polizei hat das Recht, allgegenwärtig zu sein.

P. Dietrichsdorf. Welche Kommission trat mit der der Metallarbeiter zusammen und zu welchem Zweck?

H. Leipzig. Wenn Sie für Alles Zeugen haben, dann geben Sie uns dieselben an.

C. G. Niederrad. Ja! Mehrere Korrespondenzen mußten für nächste Nummer zurückgehalten werden.

Verbands-Anzeigen.

Jalen. Sonntag, 20. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Sitz“.

Altenburg. Sonnabend, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gold. Löwen“.

Barmen. Am 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Kühn, Städtelallee 19.

Alfeld. Sonntag, 20. Dez., Abds. 5 Uhr, auf der Herberge außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Apolda. Sonnabend, 19. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung im „Vorkämmer“.

Augsburg. Samstag, 19. Dez., Abds. 8 Uhr, Versammlung. Vortrag des Hrn. Mattulat.

Graunsta. (Allg.) Samstag, 19. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung im „Müßlichen Hof“ (großer Saal).

Hünfeldorf. Samstag, 19. Dez., Abds. 9 Uhr, bei Schwarz, Schützenstr., Mitglieder-Versammlung.

Hünfeldorf. (Sektion der Feilenhauer.) Sonnabend, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kreuz, Sammermannstraße.

Erlangen. Samstag, 19. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung.

Grünf. Sonnabend, 19. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung.

Frankenthal. Samstag, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Gröninger, Mitglieder-Versammlung.

Frankfurt a. M. (Sekt. h. Spengler und Jankalantze.) Samstag, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Eichenheimerstr. 23, Mitglieder-Versammlung.

Frankenthal. Samstag, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Gröninger, Mitglieder-Versammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

Freiburg i. B. Donnerstag, 24. Dez., Abds. 8 Uhr, in der Restauration Schwanke, Generalversammlung.

bei Kallbach. — Die Generalversammlung findet am 2. Januar, Abends 8 Uhr, daselbst statt.

Karlruhe. (Sektion der Bauhilfser.) Samstag, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“ Generalversammlung.

Karlruhe. (Sektion der Blecher u. Installateure.) Samstag, 19. Dez., Abends halb 9 Uhr, im „Gold. Kreuz“ (Ludwigstr.), Generalversammlung.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag, 19. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im „Mitter“ Generalversammlung.

Kammererspiel. Am 26. Dez., Nachm. 3 Uhr, Generalversammlung in der „Krone“.

Kreuz. Sonntag, 20. Dez., Nachm. 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei C. Sütte.

Mühlhausen i. Elb. Samstag, 19. Dez., Abends 8 Uhr, bei Diekmüller, Ecke der Fränklingstr., Versammlung.

Mühlhausen i. Thür. Samstag, d. 19. Dez., Wahl der Ortsverwaltung.

Münster. (Sektion der Schmiede u. v. d.) Sonntag, 3. Januar 1897, Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im „Sammertal“.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. d.) Sonntag, 3. Januar 1897, Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im „Sammertal“.

Postau. Sonnabend, 19. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstr., Generalversammlung.

Stettin. Sonnabend, 19. Dez., Abds. von 8 Uhr ab bei Lade, Pöhlertstr. 82, und bei Krohn, Grenz- und Laubenstr.-Ecke, Entgegennahme der Beiträge.

Wegscheid. Sonntag, 20. Dez., Nachm. 4 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei C. Braun.

Witten. Sonntag, 27. Dezbr., Vorm. 9 Uhr, bei Weigenfeld, Hauptstraße, Versammlung.

Zittau. Dienstag, 22. Dez., in Herrmann's Restauration Zahlabend.

Öffentl. Versammlungen.

Delmenhorst. Sonntag, 20. Dezbr., Nachm. 2 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Thielbar.

Freiburg. Sonntag, 20. Dez., Vorm. 11 Uhr, öffentliche Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Arbeiter in der Schmiedewerkstatt.

Wittenberg. Sonntag, 20. Dezbr., Nachm. halb 4 Uhr, in der „Zentralhalle“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Anzeigen.

Vor dem Schloßer Karl Bours, B. Nr. 60/61, eingetreten am 15. August 1893 in Altkarlsruhe, wird gewarnt.

Der Dreher Ernst Speh, B. Nr. 20 751, geb. am 4. Okt. 1871 zu Erfurt, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen dahier nachzukommen.

Chr. Schneider, Seboldm., Braunheim Q. 5.17 p.

Alle Kollegen, welche über den Aufenthalt des Schleifers Wylly Bahrs aus Homberg, und die Schloßer Paul Hagen aus Badenweiler und Aug. Deum aus Ruffelsheim Auskunft geben können, werden ersucht, deren Adresse an den Schloßer Karl Diehl, Ruffelsheim a. M., gelangen zu lassen.

Der Schloßer Hermann Kober aus Seehausen in der Altmark wird ersucht, seiner Schwester Ch. Kober, Berlin, Pöhlertstr. 34, Hof 11 F., Nachricht von seinem Aufenthalt zu geben.

2 tüchtige Feilenhauer finden sofort dauernde Beschäftigung bei H. Armbruster, Mainzheim T 6.33.

Notice section with multiple entries: 'Nachruf' (Obituary) for Josef Martini, Heinrich Mielke, and Ernst Braun; 'Erklärung' (Statement) regarding a former colleague; 'Aktion' (Action) regarding a new company; 'Tüchtige Feilenhauer' (Skilled file makers) wanted; 'Tüchtige Mechaniker' (Skilled mechanics) wanted; 'Tüchtige Feilenhauer' (Skilled file makers) wanted.